

»Europa« im Zangengriff der Polarisierung?

WIE DIE KOMPLEXEN EUROPÄISCHEN VERHÄLTNISSE EINFACH ERKLÄRT WERDEN,
 DAMIT SICH WENIG ÄNDERT

Inhalt	
Kurz und knapp.....	2
Einleitung – Worum es geht.....	3
Die europäische Lagerbildung der Bertelsmann-Stiftung.....	6
Polarisierung oder europäische Heterogenität (Eurobarometer).....	8
Subjektive Schichtestufung.....	8
Bewertung der persönlichen Lebenssituation.....	10
Allgemeine Lebenszufriedenheit.....	10
Finanzielle Situation des eigenen Haushaltes.....	10
Rechnungen am Monatsende.....	10
Lebensqualität früher besser?.....	11
Erwartungen für das nächste Jahr.....	12
Die EUPINIONS-Studien der Bertelsmann-Stiftung.....	15
»Die Zuversichtlichen« und »die Ängstlichen« in der jüngsten Studie.....	15
Polarisierung.....	15
Wann wird aus dem metrischen Unterschied eine »Polarität«?.....	16
Parteiaffinität.....	19
Politische Prioritäten.....	19
»Globalisierung als Bedrohung« und europäische Integration.....	22
»Macht der Vergangenheit«?.....	22
Ausblick: Wandel der (deutschen) Ängste.....	24

Kurz und knapp

Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 gelten in weiten Teilen der deutschen politischen Öffentlichkeit als europäische »Schicksalswahl«. Befürchtet wird ein starker Stimmenzuwachs für EU- und Euro-skeptische Parteien im rechten, nationalistischen Partei-spektrum und, vor allem, eine neue Qualität in der politischen Fähigkeit dieser Parteien zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament, also zur politischen Formierung. Dagegen wird ein Bekenntnis zu »Europa« mobilisiert, doch dieser Mobilisierung fehlt weitgehend ein entscheidendes Moment: Was müsste sich (an der deutschen Politik) ändern, damit der mehrheitliche Wunsch nach engeren Kooperation in der EU Wirklichkeit werden kann?

Stattdessen wird vielfach eine Polarisierung behauptet, in der sich »Skeptiker« und »Befürworter«, im weiteren dann »Ängstliche« und »Zuversichtliche«, »Verlierer« und »Gewinner« gegenüberstehen, denen dann wieder politische Aspirationen zugewiesen werden: die einen wollen zurück in eine bessere Vergangenheit, die anderen wollen weiter die Welle des Erfolgs in eine bessere Zukunft reiten. Diese Erklärungen bestätigen vor allem eines: ein ökonomistisches Weltbild, in dem es nur um Gewinnen und Verlieren, um Konkurrenz statt Kooperation geht.

Empirische Studien (nicht nur) aus dem Hause der Bertelsmann-Stiftung sollen diese dichotomen Spaltungen als europaweit gültig und das Wahlverhalten leitend belegen. Tatsächlich gelingt das nicht. Vielmehr zeigt sich die Armut empirischer Sozialwissenschaft, die graduelle metrische Unterschiede in qualitative Polarisierungen verwandelt.

Der Blick auf die zugänglichen empirischen Daten offenbart oftmals größere Unterschiede zwischen den Befragten einzelner Länder als entlang der behaupteten Polarisierungen. Auch finden sich die Polarisierungen in den Anhängerschaften aller Parteien wieder und mehrheitlich nur mit graduellen Unterschieden. Nur in wenigen Ländern wie Frankreich ist eine große Übereinstimmung zwischen der Zuordnung zu einem Pol und der Parteiaffinität feststellbar.

Schließlich müssen die Studien selbst zugestehen, dass etwa die Skepsis gegenüber dem Zustand der EU oder der Lage im eigenen Land unterschiedliche politische Auswege kennt. Das Lager der »Besorgten« teilt sich selbst wieder in diejenigen, die mehr sozialen Schutz durch eine stärkere EU wollen, und diejenigen, die auf eine Stärkung des Nationalstaates setzen. Für politische Alternativen zur vorherrschenden Politik wäre dies womöglich der weitaus interessantere Befund.

Die Studien der Bertelsmann-Stiftung wie auch die Befundes des Eurobarometers legen vor allem nahe, sich für einfachen und dichotomischen Erklärungsmustern zu hüten. Tatsächlich lassen sich in der europäischen Vielfalt eher unterschiedliche Gruppen von Ländern ausmachen, in denen sich ein ähnlicher Blick auf die EU herausgebildet hat. Es verbietet sich daher auch deshalb, das Wahlverhalten in den europäischen Staaten bei der Wahl zum europäischen Parlament nach einem einheitlichen Muster erklären zu wollen.

Die Erklärungen aus dem Hause der Bertelsmann-Stiftung tragen den Charakter einer Gegenmobilisierung. Gegen die von Rechten mobilisierte Angst vor »Brüssel« wird die Angst um die liberal-demokratische Zukunft Europas gesetzt: »Europa« ist von außen bedroht durch Protektionismus und die amerikanische Außenpolitik, von innen durch »die Populisten«.

Einleitung – Worum es geht

Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 gelten in weiten Teilen der deutschen politischen Öffentlichkeit als europäische »Schicksalswahl«. Befürchtet wird ein starker Stimmenzuwachs für EU- und Euro-skeptische Parteien vor allem im rechten, nationalistischen Parteispektrum und, vor allem, eine neue Qualität in der politischen Fähigkeit dieser Parteien zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament, also zur politischen Formierung. Sie könnten nach der Wahl zur dritt- oder gar zweitstärksten Fraktion im Europäischen Parlament aufsteigen¹ und allein dadurch die konservative, liberale und sozialdemokratische Parteienformation zu einer engeren Zusammenarbeit nötigen, wodurch deren Unterscheidbarkeit weiter schwinde und rechte und linke Populisten noch klarer als die eigentliche europäische Opposition sich profilieren könnten. Die »Populisten« erhielten so die Chance, sich als die eigentliche Oppositionskraft weiter zu profilieren. Vielfach wird dabei nicht nur die Gefahr von rechts beschworen, sondern von der Bedrohung durch »Populisten von rechts und von links« gesprochen.

In der Tat handelt es sich um die ersten europaweiten Wahlen in einer veränderten Weltlage. Die globalen Zeichen stehen auf verschärfte Konkurrenz regionaler Machtblöcke, vor Augen geführt durch die protektionistische Wende in der US-Handelspolitik. Die Außenpolitik der USA bricht demonstrativ mit dem »Sicherheitsversprechen« der Nachkriegsära und wird zumindest in Deutschland nur noch von jedem achten Befragten positiv beurteilt. Erstmals will ein Mitgliedsland die EU wieder verlassen. Die verschiedenen finanzpolitischen Rettungspolitiken – der Banken, des Euro, vor allem des griechischen Staatshaushalt – und die Politiken gegenüber den inner- und außereuropäischen Migrationsbewegungen haben die Fähigkeit der europäischen Nationalstaaten zu kooperativen und solidarischen Bewältigungsschritten enorm zurückgeworfen. Immerhin konnte die Gefahr eines »Brexit-Dominos« in den nationalen Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich sowie dann in den anschließenden Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien vorerst gebannt werden.

Das politische Szenario einer dramatischen Schwächung, gar eines Zerfalls der EU hat in vielen europäischen Staaten zu einem höheren Interesse an »Europa« und an den bevorstehenden Wahlen beitragen. Seit dem britischen Votum für den Austritt aus der EU28 spricht sich eine wachsende Zahl von Befragten für die Mitgliedschaft des Heimatlandes in der EU aus, ohne dass allerdings die Werte für die Zufriedenheit mit der EU, wie sie sich den Befragten zum jeweiligen Zeitpunkt darstellte, gleichfalls anstiegen. Die Mitgliedschaft in der EU zu wünschen und die gegenwärtige politische Ausrichtung der EU vorbehaltlos zu unterstützen, sind zwei doch recht verschiedene Sachen. Eine große Mehrheit der deutschen Befragten wünscht sich auf einer Reihe von Politikfeldern eine engere Kooperation aller (!) Mitgliedsländer, durchaus im Wissen um die Heterogenität. Auf diese Einschätzung der großen Mehrheit, »dass gemeinsame Anstrengungen auf vielen Gebieten mehr Nutzen versprechen als stärker national ausgerichtete Politik, nimmt der öffentliche politische Diskurs erstaunlich wenig Bezug«². Auf die über Jahre aufgehäuften Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger, dass wirksame Antworten auf Migration, Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung zwar europäische Kooperation erforderten, die EU aber immer

1 Vgl. etwa Jürgen Klute: Europas extreme Rechte sucht ein Parlamentsdach; <https://die-zukunft.eu/europas-extreme-rechte-sucht-ein-parlamentsdach/>, eingesehen 23.04.2019.

2 Renate Köcher: Ungewöhnlich offen; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.03.2019, Nr. 74, S. 10

mehr an Kooperationswilligkeit und -fähigkeit verloren hat, sind Wahlkämpfe unter Slogans wie »Unser (!) Europa« oder »Europa ist die Antwort« eben keine befriedigende Antwort.

Vor diesem Hintergrund haben sich drei große politische Grundhaltungen herausgebildet, die sich jeweils in unterschiedlichen Parteien wiederfinden:

(1) Die EU-skeptischen und Euro-feindlichen Kräfte stellen nicht den (sofortigen) Austritt ihres Landes oder die Rückkehr zur nationalen Währung in den Mittelpunkt, sondern sie formulieren vorerst Bedingungen: keine weitere Abgabe von nationalen Souveränitätsrechten (gegen »Brüssel« bzw. einen neuen »europäischen Zentralismus«), die Re-Nationalisierung der europäischen Politik des Heimatlandes (»XY first«) und die Abwehr von Migration und »Überfremdung« (auch in Verbindung mit Terrorismus, Kriminalität usw.); die Fähigkeit zur Zusammenarbeit der nationalistischen Kräfte scheint auf der gemeinsamen Basis des »Elitenbashings« (»Brüssel – Geht's noch?«) gewachsen zu sein. In einigen Ländern scheint es für diese Politik Mehrheiten zu geben, in anderen sind sie - wie in Deutschland - mit dieser Haltung in der Minderheit. Selbst zahlreiche Anhänger der AfD sprechen sich gegen eine Renationalisierung der deutschen Politik aus.

(2) Dieser politischen Haltung nahezu diametral gegenüber stehen Vorschläge, die angesichts der Krise der europäischen Institutionen auf eine disruptive Politik setzen, die die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit in einem großen Schritt nach vorn schließen wollen. Ihr politisch bedeutendster Protagonist ist der französische Präsident Macron; Unterstützung findet er bei Parteien und Regierungen vor allem in südeuropäischen Staaten. Auch linke Formationen stehen für eine - inhaltlich aber anders gerichtete - disruptive Politik der Neuordnung. Der weitere Ausbau der EU zu einer Solidar- und Transfergemeinschaft (mit eigener Steuerhoheit, mit europäischer Arbeitslosenversicherung) und einem europäischen Investitionsprogramm markieren die Konfliktlinie zu anderen politischen Kräften. Die (deutsche) Sozialdemokratie traut sich nicht, entschieden offen in dieser Richtung für sich zu werben. Diese Kräfte vereint wiederum die Not zu erklären, woher die Kraft, die Mehrheit für einen solchen Sprung kommen soll.

(3) Für die politischen Kräfte der Kontinuität - der kleinen Korrekturen in schwerer See - stehen die Parteien der Europäischen Volkspartei, die deutsche Kanzlerin und ein lockerer Zusammenschluss von Regierungsvertretern der Niederlande und nordischer Staaten, unterstützt von Belgien und Österreich, die zwar eine Stärkung der europäischen Militärmacht und des Schutzes der Außengrenzen vor Migranten unterstützen würden, aber sich deutlich gegen ein »Euro-Budget« und für finanz- und haushaltspolitische nationale Eigenverantwortung, nationale Haftung und solide Staatsfinanzen positionieren (vgl. FAZ vom 15.4.2019). Das größte Problem hier ist das Management der weitgehenden Erwartungen bezüglich dessen, was zur Lösung eines Problems notwendig wäre, und den bestenfalls möglichen kleinen Schritten.

Den beiden proeuropäischen Grundhaltungen gemein ist – zumindest in Deutschland, dem ökonomisch mächtigsten EU-Land – eine mal mehr, mal weniger stark ausgeprägte Strategie der Vermeidung. Vermieden wird, die Hindernisse anzusprechen, die einer engeren Kooperation oder einem disruptiven Schritt im Wege stehen. Gesprochen werden müsste darüber, was die deutsche Politik in den vergangenen Jahren zu diesem Zustand beigetragen hat und was sie beitragen müsste, damit dieser Zustand überwunden werden kann. Damit ständen deutsche Positionen zur Debatte, auf die eine große Parteienkoalition die Bürgerinnen und Bürger eingeschworen hat: Austerität, Schuldenbremse, Währungsstabilität. Muss die deutsche Politik sich ändern, damit es

in Europa im Sinne der gewünschten engeren Kooperation vorangeht? Oder müssen die anderen Staaten ihre Politik im deutschen Sinne ändern, damit Deutschland mehr Kooperation eingehen kann. Diese für die europäische Zukunft womöglich zentrale Frage wird im Wahlkampf nur zaghaft, etwa von der Partei DIE LINKE angesprochen.

Tatsächlich könnte es sein, dass bei der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger in den einzelnen europäischen Staaten solche und andere europapolitischen Überlegungen eine größere Rolle spielen als bei vorherigen Wahlen. Allerdings wird auch 2019 wieder gelten, was immer galt: Bei den Europawahlen geht es nie nur um Europa. Zumindest geht es immer auch um die Politik der nationalen Regierung »in Brüssel« bzw. auf der europäischen Bühne. Oft wird diese bei einzelnen Maßnahmen als zu »europafreundlich« angesehen und die Wahl einer eu-skeptischen oder nationalistischen Partei wäre dafür ein »Protest- und Denkmittel«. Genauso besagen die Erkenntnisse der Wahlforschung, dass die EP-Wahlen genutzt werden, um Unzufriedenheit mit der nationalen Regierung bezüglich ihrer nationalstaatlichen Politik auszudrücken. Schließlich kommt ein weiterer Aspekt hinzu: das einheitliche europäische Wahlrecht mit niedrigen oder fehlenden Sperrklauseln verschafft auch kleinen Parteien gute Erfolgsaussichten. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass eine Stimme zur »verlorenen« Stimme wird, ist anders als bei höheren Sperrklauseln oder dem Mehrheitswahlrecht gering. Auch entfallen alle wahltaktischen Überlegungen bezüglich möglicher Koalitionsbildungen für eine Regierung weitgehend. Die EP-Wahlen haben also auch die Tendenz, ein »ehrlicheres« Ergebnis hinsichtlich der politischen Heterogenität eines Landes zu liefern als nationale Wahlen.

Unter dem Strich bleibt, auf dem aktuellen Stand der empirischen Forschung zu Wahlentscheidungen, die Erkenntnis, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Wahlberechtigten in den 27 bzw. 28 Mitgliedsstaaten nach einem einheitlichen Muster oder Kriterienkatalog entscheiden, sondern dass eine Vielzahl regional und national geprägter Faktoren eine Rolle spielen werden. Weit überwiegend stellen sich nationale Parteien zur Wahl, europäische Parteifamilien sind nicht unmittelbar wählbar. Ein tieferes Verständnis des europäischen Wahlergebnisses wird nur unter starker Berücksichtigung nationalstaatlicher Besonderheiten erzielt werden können.

Gleichwohl: Am Wahlabend und in den Tagen und Wochen danach wird das Bedürfnis nicht nur in der politischen Öffentlichkeit groß sein, das Wahlergebnis, wie immer es auch ausfällt, in wenigen groben Linien zu erklären. Dafür bieten sich eine Reihe von Erklärungsmustern an. Oben wurden bereits drei politische Antworten auf die europäische Krise skizziert, die als Folie für eine Interpretation dienen könnten.

Die Begriffe der EU-Skepsis und der Euro-Feindschaft bilden ebenfalls eine Interpretationsfolie. Bei der Teilung in »Skeptiker versus Befürworter« könnte man noch einen politisch-analytischen Rahmen vermuten, doch schnell findet man sich in eine politisch-ideologischen Arena wider, in der der Zangenangriff der Rechts- und Linkspopulisten und der von ihnen mobilisierten Ressentiments gegenüber den europäischen Institutionen und Eliten gebändigt werden soll. Skepsis kann viele Wurzeln haben. Rechte und linke Skeptiker verfolgen sehr unterschiedliche politische Zielstellungen und unter den Befürwortern finden sich ebenfalls zahlreiche Kritiker des Status Quo mit unterschiedlichen politischen Ambitionen. Das Verhältnis zu »EU« und »Euro« erscheint auch nur denen als probates Mittel der politischen Sortierung, die beides als Wert an sich, nicht aber als ein politisches Instrument zur Verfolgung politischer Ziele - etwa ein besseres Le-

ben für alle, weniger Ungleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, Frieden, Kooperation statt Konkurrenz – betrachten und nach der Tauglichkeit der Mittel fragen.

Das Feld der politischen Meinungen und Positionen wird dichotomisch strukturiert und geordnet, so dass Akteure genötigt sind, sich auf die eine oder andere Seite schlagen zu müssen. In einem weiteren Schritt wird die Dichotomie emotional und affektiv aufgeladen. Auf der Seite der »Skepsis« finden sich Begriffe wie »Sorgen«, »Unsicherheit«, »Pessimismus«, »Angst« und »Verlierer«, der Seite der »Befürworter« werden »Chancen«, »Risikobereitschaft«, »Offenheit«, »Optimismus«, »Zuversicht« und »Gewinner« zugeordnet. Neben den Emotionen, die die Begriffe jeweils selbst ansprechen, schwingt immer eine Meta-Botschaft mit: den »Verlierern« gehört die Vergangenheit, den »Gewinnern« die Zukunft. Und weiter: Die Verlierer wählen meist rückwärtsgewandte, populistische Parteien, die Gewinner Parteien, denen das wirtschaftliche Wohlergehen auch in der Zukunft besonders am Herzen liegt. Und schließlich: Die Gewinner werden von Heerscharen populistisch verführter Verlierer bedroht.

Solche Erklärungsmodelle haben sich für das veränderte (Wahl-)Verhalten in vielen Politikbereichen mittlerweile eingebürgert. Sie passen in ein ökonomistisches Gesellschaftsbild, in dem man entweder gewinnt oder verliert. Sie bestätigen damit eine vorherrschende Sichtweise. Übersehen werden dabei die fließenden Übergänge, die Abstufungen, Unterschiede und Widersprüche, die sich eigentlich einer dichotomischen Ordnung entziehen bzw. die Ansatzpunkte für alternative Politikentwürfe sein könnten.

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament wird aus der Bertelsmann-Stiftung im Rahmen ihres Eupinions-Projektes seit einigen Jahren behauptet, solche Polarisierungen könnten europaweite Geltung beanspruchen. Europa zeige sich zunehmend gespalten in »Ängstliche« und »Zuversichtliche«, »Gewinner« und »Verlierer«. Um die Kritik dieser Studien geht es im folgenden. Es ist zugleich eine Kritik der damit in der politischen Debatte etablierten Welt-Teilungen, die zum Beispiel als gewichtiger betrachtet werden als die Unterschiede zwischen nordwesteuropäischen, südeuropäischen und osteuropäischen Gesellschaften. Die Kritik der Polarisierungsthese führt zum Blick auf (europäische) Heterogenität und Vielfalt, auf national geprägte politische Konstellationen und Widersprüche im Alltagsbewusstsein der Befragten, also zu einer deutlich komplexeren europäischen politischen Realität.

Die europäische Lagerbildung der Bertelsmann-Stiftung

Aus der Bertelsmann-Stiftung wird seit einigen Jahren mit zunehmender Breitenwirkung eine Interpretation des Wahlverhaltens in den europäischen Staaten angeboten, die um die Behauptung einer wachsenden Polarisierung kreist. Im Zentrum der Polarisierungsthese stehen gegensätzliche »Blicke« auf gesellschaftliche Entwicklungen, in der jüngsten Studie der Europa-Reihe die Spaltung die der *Ängstlichen* und die der *Zuversichtlichen*. Im Mittelpunkt einer Reihe von Studien des EUPINIONS-Projektes steht seit 2015 die These, dass sich zentrale gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen und Entwicklungen vor allem als Konflikte um und mit der »Globalisierung«, in denen gewonnen und verloren wird, verstehen und politisch bearbeiten lassen.

Zunächst ging es um »Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum«⁴, wobei der Globalisierungsangst die größere Bedeutung zugemessen wurde. Es folgte die Studie, die Globalisierung und europäische Integration verknüpfte, nach »Bedrohung oder Chance« der Globalisierung sowie den eigenen persönlichen Erfahrungen fragte und ein »Chancenlager« und ein »Angstlager« kreierte.⁵ Ebenfalls 2018 erschien die Studie »Die Macht der Vergangenheit«, die den Einfluss der »Nostalgie« auf die öffentliche Meinung in Europa untersuchte und als Nostalgiker diejenigen einstufte, die der Aussage »Die Welt war früher ein besserer Ort« zustimmten.⁶ Schließlich verknüpfte die aktuelle Studie vom April 2019 beide Aspekte in der Frage nach der Sorge über den Zustand der Gesellschaft und der eigenen wirtschaftlichen Zukunft. Mit ihr wurde die Polarisierung in die *Besorgten, Verunsicherten, Skeptiker, Ängstlichen, Verlierer* einerseits und die *Zuversichtlichen, Optimisten, Befürworter, Mutigen, Gewinner* andererseits abschließend als »Rahmen« angeboten, »in dem sich mögliche Ergebnisse der Europawahl 2019 analysieren lassen«.⁷

»Über alle EU-Länder hinweg zeigt sich eine Spaltung in Bezug auf Fragen zur Gesellschaft und der Bewertung der EU. Dabei gilt: Personen, die gesellschaftlich und wirtschaftlich zu den Verunsicherten gehören, neigen eher dazu, die Arbeitsweise der EU zu kritisieren und meinen, dass Brüssel und Straßburg Bürgeranliegen vernachlässigen. Die Zuversichtlichen hingegen stellen der EU grundsätzlich ein etwas positiveres Zeugnis aus und sind über Europapolitik besser informiert.«⁸

Lassen sich die bevorstehenden Wahlergebnisse tatsächlich nach einem eher simplen Gewinner-Verlierer-Schema analysieren? Oder handelt es sich vor allem um ein politisches Deutungsange-

4 Catherine E. De Vries, Isabell Hoffmann: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. Gütersloh 2016 (eupinions 2016/3). Vergleiche hierzu meine Kritik »Wir Mutigen – die Angsthasen« vom Dezember 2016 hier <http://www.horstkahrs.de/2016/12/15/wir-mutigen-die-angsthasen/>

5 Catherine E. De Vries, Isabell Hoffmann: Globalisierung und europäische Integration: Bedrohung oder Chance? Wahrnehmungen, Kenntnisse und Präferenzen der EU-Bürger; Gütersloh 2018 (eupinions 2018/1). Vgl. zur Kritik der konstruierten Polarität Thomas Falke/Horst Kahrs: Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017; Berlin 2018 - <https://www.rosalux.de/publikation/id/38847/deutungsmuster-zum-erfolg-der-afd-bei-der-bundestagswahl-2017/>

6 Catherine E. De Vries, Isabell Hoffmann: Die Macht der Vergangenheit. Wie Nostalgie die öffentliche Meinung in Europa beeinflusst; Gütersloh 2018 (eupinions 2018/2)

7 Catherine E. De Vries, Isabell Hoffmann: Die Zuversichtlichen, die Ängstlichen und die Wütenden. Folgen der Polarisierung für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019; Gütersloh 2019 (eupinions 2019/1). (zitierte Stelle: S. 7) Der Titel betreibt allerdings Etikettenschwindel, denn »die Wütenden« kommen in der Studie recht eigentlich nicht vor.

8 Presstext der Vorstellung der aktuellen eupinions-Studie am 3.4.2019 - <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/april/europaer-sind-gespalten-ueber-den-zustand-der-gesellschaft/>

bot, um europäische politische Vielfalt auf ein binäres Schema zu reduzieren? Sind die gemessenen Unterschiede tatsächlich so stark, dass sie mit hinreichender Gewissheit für eine Polarisierung stehen? Zweifel scheinen angebracht:

»Während die gesellschaftlich Verunsicherten zu fast drei Vierteln sagen, die EU sei zu kompliziert und mehrheitlich angeben, sie ignoriere die Bürgeranliegen (55 Prozent), stimmen die Zuversichtlichen diesen Meinungen nur zu 54 beziehungsweise 47 Prozent zu. Umgekehrt verhält es sich mit der Einschätzung der Demokratie: Hier sind die zuversichtlichen Europäer mehrheitlich (60 Prozent) zufrieden, während dies bei den Verunsicherten nur auf eine Minderheit (42 Prozent) zutrifft.«⁹

Was ist von diesem Interpretationsrahmen zu halten, wenn die Autorinnen selbst zugestehen, dass sich ein Pol, das vermeintliche Lager der Ängstlichen bzw. der Globalisierungsverlierer selbst wiederum unterteilt in diejenigen, die verstärkten sozialen Schutz von der EU fordern, und in diejenigen, die verstärkten nationalstaatlichen sozialen Protektionismus wollen?

»Etwa die Hälfte derer, die die Auswirkungen der Globalisierung fürchten, sehen in vertiefter europäischer Kooperation einen Teil der Lösung des Problems. (...) Diese Beobachtung gilt für alle Mitgliedsstaaten, bis auf Frankreich, in dem die Mehrheit der Globalisierungsgegner auch weniger europäische Integration wünscht. (...) Die Anhänger der populistischen Linken sehen die Globalisierung als Bedrohung und wünschen sich als Antwort darauf mehr europäische Integration. In den Bereichen Migration und Schutz der Rechte von Einwanderern liegen sie damit sogar über dem EU27 Durchschnitt. Für die Anhänger der populistischen Rechten ist die EU Teil des Problems. Sie wünschen in Zukunft weniger Integration.«¹⁰

Diese Differenz ließe sich ohne Not auch als eine Differenz ums Ganze begreifen: die einen wenden sich gegen die Rechte der europäischen Institutionen, die anderen gegen die unzureichende (sozialstaatliche) Ausgestaltung dieser Institutionen. Vermutlich würde bei einer entsprechenden Auswertung sich auch das Lager der »Gewinnern« entlang der Achse mehr oder weniger Integration teilen. Diese Polarität würde indes ein wesentlicher Aspekt abgehen: Das »Gewinner-Verlierer-« bzw. »Angst-Zuversicht-Schema« ordnet das politische Feld (auch) auf der Ebene des Affektiven und Emotionalen. Gewinnen und Zuversichtlich-Sein sind positive, Verlieren und Angst-Haben negative Eigenschaften, mit denen jeweils weitere emotionale Zuordnung assoziiert werden. Am Horizont stehen die Guten und die Bösen. Diese affektive Einfärbung überträgt sich auf die jeweils damit verknüpften politischen Akteure.

Im Mittelpunkt der folgenden Abschnitte stehen zwei Ebenen der kritischen Würdigung. Erstens wird gefragt, ob und gegebenenfalls inwieweit Ergebnisse von Umfragen in verschiedenen Staaten der EU vergleichbar sind. Die vierteljährlich befragte Stichprobe von Dalia Research Berlin, die die Basis für die EUPINIONS-Studien der Bertelsmann-Stiftung bildet, umfasst in der Regel 10.000 bis 11.000 Befragte, zuletzt im Dezember 2018.¹¹ Sie ist nicht repräsentativ für jeden der 28 EU-Staaten; in der Regel wird statistische Repräsentativität für die bevölkerungsreichsten Staaten (in der jüngsten Studie: Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Polen), einzelne ausgewählte (jüngst: Niederlande) und die EU28 (zuletzt EU27 ohne Großbritannien) angestrebt. Immerhin verfügt das Institut über mehrjährige Erfahrungen bei der Gewichtung der Rohdaten. Die seit einigen Jahrzehnten halbjährlich stattfindenden Befragungen des *Eurobarometers* können mit einer Stichprobe von um die 28.000 Befragten in den 28 EU-Staaten ein höheres Maß an

9 Ebd.

10 De Vries/Hoffman 2018: Bedrohung oder Chance, S. 4

11 Vgl. zum Projekt, der Methodik und Datenerhebung durch Dalia Research Berlin: www.eupinions.eu

Repräsentativität beanspruchen. Ausgewählte Ergebnisse des Eurobarometer (zuletzt: EB90.3 – November 2018) werden als Hintergrund und Abgleich für die Bertelsmann-Daten herangezogen. Zweitens wird gefragt, ob die Interpretation der Befragungsergebnisse durch die Autorinnen der De Vries und Hoffmann die einzig mögliche ist oder ob nicht auch andere Schlüsse möglich sind.

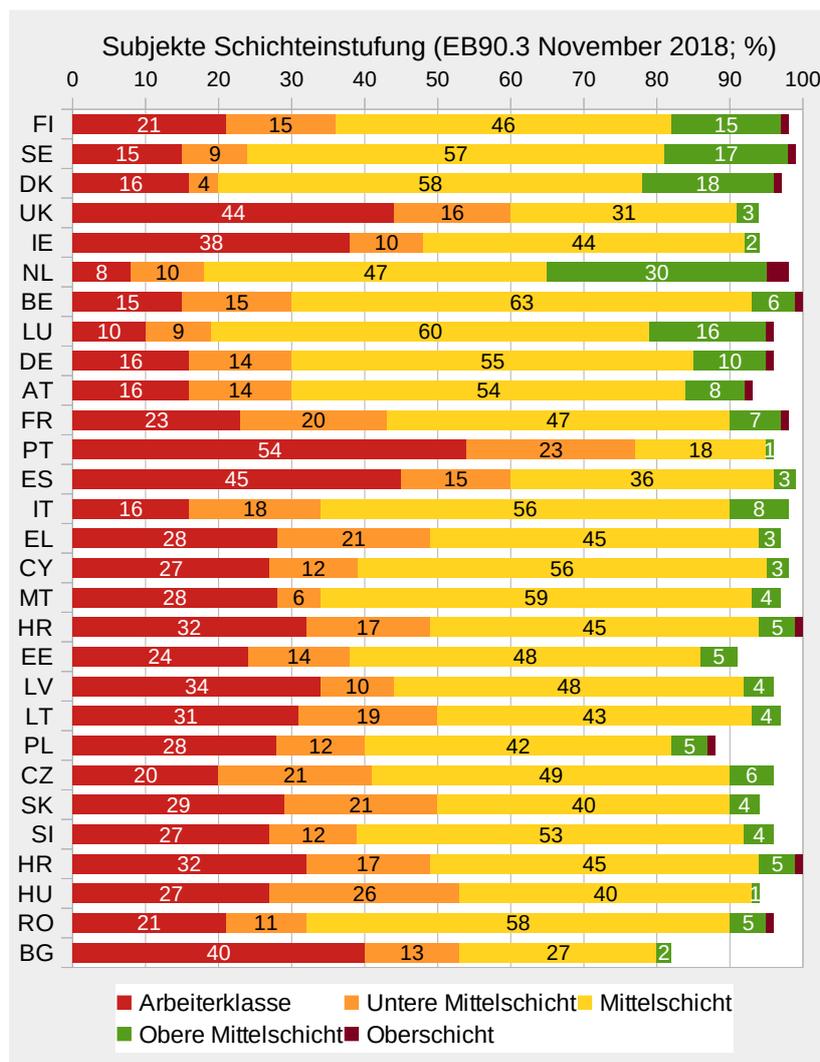
Polarisierung oder europäische Heterogenität (Eurobarometer)

Die These einer europaweiten und weitgehend homogenen Polarisierung, die die politische Stimmung, die politischen Einstellung und die politischen Handlungen, insbesondere das Wahlverhalten, prägen, setzt einen entsprechend einheitlichen europäischen Wahrnehmungs- und Erfahrungsraum voraus. Die Befragten müssten in allen Ländern eine ähnliche Problemsicht haben, wenn sie in der Selbstwahrnehmung übereinstimmen und die Selbstwahrnehmung wiederum müsste nach Kriterien erfolgen, die auf die gleiche Weise verstanden werden. Die Ergebnisse der halbjährlichen Umfragen für das *Eurobarometer* liefern Daten für alle 28 EU-Staaten, die für jedes Land die übliche Repräsentativität mit 1.000 befragten Personen aufweisen. Hier wird auf die Erhebung vom November 2018 (EB 90.3) zurückgegriffen, die in zeitlicher Nähe zu der Eu-pinions-Umfrage stattfand. Berücksichtigt werden hier Aussagen, die die eigene Lebenssituation und die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate betreffen. Sie eignen sich als Vergleichs-folie für die Bertelsmann-Erhebungen.

Subjektive Schichteinstufung

Wichtige Hinweise auf die gesellschaftliche Heterogenität der EU-Staaten bieten die Antworten auf die Frage, wozu man sich selbst und seinen Haushalt zählen würde, zur »Arbeiterschicht/Arbeiterklasse«, zur »unteren Mittelschicht«, zur »Mittelschicht«, zur »oberen Mittelschicht« oder zur »Oberschicht«. In der Selbsteinordnung in ein hierarchisches Gesellschaftsmodell kommen in der Regel etliche subjektive Faktoren zusammen: die Sicht auf die eigene Position in Relation zu der anderer; soziokulturelle Traditionen, wenn etwa die »Arbeiterschicht« einerseits die Einordnung in der untersten Schicht verlangt, andererseits aber die durchaus auch stolzen Traditionen der »Arbeit« in Beziehung zur (angestellten) »Mitte« aufgerufen werden. Auch die gesellschaftliche Opportunität kann von Bedeutung sein: In einer sozial durchlässigen »Aufsteiger-Gesellschaft« - vorherrschendes Selbstverständnis als »Leistungsgesellschaft« - hat die Selbstein-stufung in der »Arbeiterschicht/Arbeiterklasse« schnell den Beigeschmack, zu denen zu gehören, die für den sozialen Aufstieg nicht qualifiziert genug sind, die es nicht geschafft, die nicht ausreichend geleistet haben. Die Einstufungen spiegeln in der Regel nur sehr eingeschränkt die »objek-tive« materielle Lage, schon gar nicht die Rolle der Industriearbeit wider, wohl aber die tatsächlichen und die wahrgenommenen sozialen Schließungen und die - sozialstaatlich unterstützte – soziale Durchlässigkeit. Am anderen Ende der Hierarchie lassen sich vergleichbare Überlegungen zur Einordnung in der »Oberschicht« anstellen.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Befragung vom November 2018 zeichnen ein sehr heteroge-nes Bild der subjektiven Schichteinstufungen. In den skandinavischen Ländern der EU, den Be-nelux-Staaten sowie Deutschland und Österreich stufen sich wenigsten Befragten in der Arbeiter-schicht oder der unteren Mittelschicht ein. Das könnte mit einer längeren Tradition gut ausgebaut-



ter, inklusiver sozialstaatlicher Institutionen zusammenhängen – aber wie passt dann Italien in dieses Bild? In Großbritannien Irland, Portugal und Spanien ist die Selbsteinstufung in den beiden unteren Schichten mit Abstand am stärksten, was nicht mit der jeweiligen Stärke als Industrieland, wohl aber vielleicht mit einer wahrgenommenen sozialen Undurchlässigkeit, fortlebenden Klassenschranken erklären ließe. Griechenland [EL] als langjähriges EU-Mitglied weist eine ähnliche Hierarchie auf wie die ehemaligen RGW-Staaten und wie erklären sich die frappierenden Unterschiede zwischen den Nachbarländern Bulgarien und Rumänien?¹²

Im Angesicht der Unterschiede: Spannweite z.B. bei der Einordnung in die Arbeiterklasse von 8% bis 54% - macht

es wenig Sinn, einen Durchschnitt der EU-28 oder auch nur der Euro-Staaten zu bilden. Die Unterschiede spiegeln verschiedene subjektive Verfasstheiten: soziokulturelle Traditionen, Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster. Sie zu verstehen und zu erklären, erfordert einen Blick für die spezifische politische Ökonomie und ihren Platz in der europäischen Arbeitsteilung, die spezifische sozialstaatliche Verfasstheit, die Selbstinterpretation einer nationalstaatlich begrenzten Gesellschaft und den jeweiligen Blick auf die Rolle des eigenen Landes in der EU.¹³ Es fragt sich auch, ob überhaupt ein gemeinsames Verständnis der Frage unterstellt werden kann, hier zum Beispiel: Wird in den Niederlanden und im benachbarten Belgien das gleiche unter »obere Mittelschicht« verstanden?

Als Fazit steht die Annahme: Ein linearer quantifizierender Maßstab bei der Interpretation der Daten aus verschiedenen Ländern, der die Ergebnisse in »mehr« oder »weniger« reiht, verbietet sich. Es gibt keinen gemeinsamen europäischen »Wahrnehmungsraum«, in dem sich die unterschiedlichen nationalstaatlichen Traditionen abgeschliffen hätten. Wohl aber lassen sich Länder zu Gruppen zusammenfassen, in denen größere Ähnlichkeiten in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Struktur, der eigenen sozialen Stellung u.a.m. vorhanden sind. Über die Spezifika,

12 An 100 fehlende Prozentangaben: Befragte ohne Selbsteinstufung in der Vorgabe und »weiß nicht«.

13 Einen solchen differenzierenden Blick auf den europäischen Populismus hat jüngst Philip Manow vorgelegt. Philip Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018 (edition suhrkamp 2728)

die den Unterschied zwischen den Gruppen ausmachen und erklären (wie auch die fortbestehenden Differenzierungen innerhalb einer Gruppe von Ländern) sind damit noch keine Aussagen getroffen.

Bewertung der persönlichen Lebenssituation¹⁴

Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die allgemeine Zufriedenheit »mit dem Leben, das Sie führen« [EP90.3, Frage D70] ist in der Europäischen Union hoch. 83% der Befragten in der EU28 sind »sehr zufrieden« oder »ziemlich zufrieden«, 13% sind »nicht sehr« oder »überhaupt nicht zufrieden«. Die Spannweite reicht von 49% Zufriedenen in Griechenland und Bulgarien bis zu 96% Zufriedene in Schweden. In 19 EU-Staaten liegt die Zufriedenenquote bei 80% und höher. In sechs EU-Staaten – Portugal, Italien, Lettland, Litauen, Kroatien und Ungarn – sagen jeweils etwa drei Viertel der Befragten, dass sie insgesamt zufrieden mit ihrem Leben sind. Griechenland, Bulgarien und Rumänien (56%) bilden ein südosteuropäisches Schlusslicht. Anders sieht es aus, wenn nur auf diejenigen geschaut wird, die »sehr zufrieden« sind. Hier reichen die Anteile von 3% in Portugal bis 70% in Dänemark. Auch in den Niederlanden stellen die »sehr Zufriedenen« mit 57% die absolute Mehrheit, in Schweden, Großbritannien und Irland über 40%; in Luxemburg, Deutschland, Österreich, Slowenien, Malta und Zypern jeweils etwa ein Drittel. In Belgien, Frankreich und Spanien sagt etwa ein Fünftel der Befragten, sie seien mit ihrem Leben insgesamt »sehr zufrieden«, in den meisten osteuropäischen Staaten rund ein Sechstel. Weniger als ein Zehntel »sehr zufrieden« ist in Ungarn, Italien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Portugal. Der Indikator »Lebenszufriedenheit« tendiert zu einer allgemeinen Nord-Süd und besonderen Nordwest-Südost-Polarität.

Finanzielle Situation des eigenen Haushaltes

Für die Lebenszufriedenheit sind nicht allein materielle Faktoren ausschlaggebend. Sie liegt in allen EU-Staaten höher als Bewertung der aktuellen finanziellen Situation des eigenen Haushaltes [EB90.3, Frage QA1.5]. Im Durchschnitt der EU28 bewerten 12% die finanzielle Haushaltssituation mit »sehr gut« und 60% mit »ziemlich gut«, »gut« zusammen also 72%. Die Spannweite reicht von 95% in Dänemark auf der einen Seite bis zu 39% in Griechenland und Bulgarien auf der anderen Seite. Dies sind auch die einzigen beiden Staaten, in denen eine Mehrheit der Befragten die finanzielle Situation als »ziemlich schlecht« (40% in Griechenland) oder »sehr schlecht« (21%) einstufte. Die Spannweite der »sehr gut«-Urteile reicht von 1% der Befragten in Portugal bis zu 45% in Dänemark. Nur in 12 Staaten bezeichnet mindestens ein Zehntel die finanzielle Haushaltssituation als gut. Allgemein bilden die Antworten auf diese Frage auf niedrigerem Niveau das gleiche geographische Gefälle ab wie bei der »allgemeinen Lebenszufriedenheit«.

Rechnungen am Monatsende

Einen harten Indikator für den finanziellen Druck, der hinter einer schlechten Bewertung der finanziellen Haushaltssituation steht, liefern die Antworten auf die Frage, ob »in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen Ihrer Rechnungen« auftraten. 9% der Befragten in den EU28 sagen »meistens«, »26% »gelegentlich«. In sechs EU-Ländern bekundeten die Befragten mehrheitlich Schwierigkeiten: Griechenland (35% meistens, 48% gelegent-

14 Schaubilder zu den besprochenen Ergebnissen siehe Anhang, Datei „2019-05-09 Europäische Polarisierung Grafiken.pdf“

lich), Portugal (15%/46%), Zypern (22%/39%), Bulgarien (21%/41%), Italien (12%/46%) und Kroatien (12%/38%). In Finnland, Schweden, Dänemark, Luxemburg, Deutschland, Malta, Polen, Slowakei sprachen nur bis zu 3% der Befragten davon, dass sie »meistens« Schwierigkeiten hätten. Zu den Ländern mit einem hohen Anteil dieser Gruppe zählen neben den oben genannten auch Frankreich (17%) und Spanien (15%). Hier konturieren die Antworten ein allgemeines Nord-Süd-Gefälle.

Lebensqualität früher besser?

Ein ähnlich allgemein gehaltene Frage wie die nach der Lebenszufriedenheit ist der Vergleich mit früher. Gemessen wird die Zustimmung zu der Aussage »Insgesamt war Ihre Lebensqualität früher besser« (EB90.3 Frage QD9.5). Wer angesichts eines Anteils von über 80% mit ihrem Leben Zufriedener erwartet, dass der Aussage mit deutlicher Ablehnung begegnet wird, sieht sich getäuscht. Eine Minderheit von 44% in den EU28 stimmt der Aussage »eher nicht« oder »überhaupt nicht« zu, eine relative Mehrheit von 49% stimmt »voll und ganz« oder »eher zu«. Drei Jahre zuvor fiel das Ergebnis mit 37% Ablehnung zu 55% Zustimmung noch deutlicher aus.

Offensichtlich ist ein erheblicher Teil derjenigen, die zustimmen, dass die Lebensqualität früher besser war, gleichwohl mit dem Lebens, dass sie führen zufrieden, und bezeichnet die finanzielle Situation des Haushaltes als »gut«. Das subjektive Urteil über die Lebensqualität gestern und heute umfasst qualitative Dimensionen, die weder deckungsgleich sind mit den Kriterien, nach denen die aktuelle Lebenszufriedenheit beurteilt wird, noch mit den ökonomischen Faktoren. Gleichwohl gibt es natürlich Zusammenhänge. In Krisenländern wie Griechenland, in denen ein erheblicher Anteil der Befragten die finanzielle Situation als schlecht beurteilt und am Monatsende Schwierigkeiten zugesteht, die Rechnungen zu begleichen, ist der Anteil derjenigen, die zustimmen, dass die Lebensqualität früher besser war, deutlich höher, 2015 mit 92% und 2018 mit 87%. Hohe Zustimmung gibt es auch in Zypern (86% und 82%), Portugal, Spanien, Italien und Kroatien (jeweils um die 70%). Im Sinne der Nostalgie-Studie der Bertelsmann-Stiftung wären dies die Hochburgen der Nostalgiker. Besonders geringe Zustimmung wurde in Dänemark (28% und 22%), Niederlande, Finnland und Schweden (jeweils ähnliche Größenordnung) gemessen. Starke Rückgänge in der Zustimmung von mindestens 10 Prozentpunkten von 2015 auf 2018 gab es in Spanien, Luxemburg, Ungarn und Slowenien. Hier waren 2018 deutlich weniger Befragte der Ansicht, dass die Lebensqualität früher besser war. Anders in Belgien, Malta, Kroatien und Polen – hier sagten 2018 (leicht) mehr Befragte als 2015, dass es früher besser war.

Lassen sich aus solchen Einstellungen zur Vergangenheit bzw. ihren Veränderungen Schlüsse auf andere Einstellungen ziehen? Gibt es z.B. einen Zusammenhang mit der Haltung zu der Aussage »Unser Land sollte Flüchtlingen helfen.«? 65% der Befragten in den EU28 stimmten dieser Aussage »voll und ganz« oder »eher« zu, 28% lehnten sie 2015 ab. Im November 2018 hatte sich die Zustimmung leicht erhöht auf 69%. Offensichtlich steht der Blick auf eine besseren Vergangenheit in keinem kausalen Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe. In allen »alten« EU-Staaten war die Zustimmung zur Flüchtlingshilfe überdurchschnittlich hoch, auch wenn eine große Mehrheit die Lebensqualität in der Vergangenheit als »besser« beurteilte oder die aktuelle finanzielle Situation eher negativ. Zum Beispiel stimmten in Griechenland 2015 85% der Befragten der Flüchtlingshilfe zu, in Spanien 84%, in Portugal 64% und in Italien nur 42%. Deutlich unterdurchschnittlich war die Zustimmung in einigen osteuropäischen EU-Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Bulgarien (jeweils rund ein Drittel), allerdings nicht in Polen (50%), Rumänien

(53%) und Kroatien (70%). Noch stärker auf die Bedeutung innerstaatlicher Deutungen und Entwicklungen gestoßen wird man, wenn man die Richtung der Veränderungen bei der Beurteilung der Flüchtlingshilfe und der Lebensqualität vergleicht. Es gibt Länder, in denen der Anteil derjenigen, die die Lebensqualität früher besser fanden, sinkt, also der Anteil derjenigen, die die Lebensqualität aktuell gleich oder besser als in der Vergangenheit einstufen, steigt und ebenfalls der Anteil derjenigen, die der Flüchtlingshilfe zustimmen. Solche Zahlen wurden zum Beispiel ermittelt für Österreich, Frankreich, Italien und Portugal oder auch Ungarn und Rumänien. Es gibt auch Länder, in denen sich das Urteil über die Lebensqualität verbessert und die Bereitschaft zur Flüchtlingshilfe sinkt. Dazu zählen Spanien, Griechenland, Zypern, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Kroatien und Bulgarien. Eine dritte Gruppe bilden die Länder, in denen sich das Urteil über die aktuelle Lebensqualität verschlechtert, aber die Bereitschaft zur Flüchtlingshilfe steigt: Belgien, Malta und Polen zählen hierzu. In einer vierte Gruppe finden sich Länder, in denen die positiven Urteil über die Vergangenheit zunehmen und die Zustimmung zur Flüchtlingshilfe abnimmt: Litauen und Kroatien.

Es kommt hier nicht darauf an, diese Unterschiede zu erklären, sondern sie festzuhalten. Es bestehen zwischen den EU-Staaten in der Einschätzung der eigenen Lebenssituation erhebliche Unterschiede, die sich einem einfachen monokausalen europaweitem Erklärungen und Interpretationsschemata entziehen. Vielmehr verweisen die Unterschiede auf die Bedeutung nationaler Besonderheiten in der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung, ohne deren Verständnis ein angemessenes Urteil nicht möglich erscheint. Es ist sogar zu vermuten, dass hinter gleichlautenden Urteilen unterschiedliche Motive und Erfahrungen und also auch unterschiedliche Potenziale sich verbergen können.

Erwartungen für das nächste Jahr¹⁵

Im Rahmen der Erhebungen für das Eurobarometer wird regelmäßig auch nach Erwartungen für die kommenden zwölf Monate gefragt. Die Zukunftserwartungen sind in der Regel für politische Handlungen wie Wahlentscheidungen gewichtiger als die Gegenwartsurteile. Gleichzeitig können die Befragungsergebnisse Hinweise über Ausmaß und Art der Verunsicherung geben. Berücksichtigt werden hier die Daten zu Fragen, die die persönliche und die allgemeine wirtschaftliche und berufliche Zukunft betreffen. Abgefragt wurden unter anderem die Erwartungen zur allgemeinen Lage im Land, zur wirtschaftlichen Lage im Land und in der EU, zum Arbeitsmarkt im Land, zur persönlichen beruflichen Lage, zur finanziellen Lage des eigenen Haushaltes und zum Leben im allgemeinen [EB90.3, Fragen QA2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8].

Die Spannweite der Ergebnisse in den einzelnen Staaten ist kleiner, als die bei den Fragen zur Einschätzung der aktuellen Lage, bleibt aber groß. Bei allen Fragen sind im Durchschnitt der EU28 und auch in allen Ländern diejenigen Befragten, die keine Veränderung erwarten (»bleibt gleich«) in der relativen (mindestens 46%) oder gar absoluten Mehrheit (bis zu 62%). Interessant ist daher vor allem, wie sich Optimisten (»... wird besser«) und Pessimisten (»... wird schlechter«) verteilen.

Grundsätzlich gilt für die EU28 dabei, dass bei den Einschätzungen zur allgemeinen und wirtschaftlichen Lage die Pessimisten stärker vertreten sind und bei den Einschätzungen zur persönlichen Zukunft die Optimisten deutlich stärker. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist das Ergebnis in

¹⁵ Schaubilder hierzu ebenfalls im Anhang.

Großbritannien: bei den Erwartungen zur allgemeinen Lage im Land liegen die Pessimisten mit 40% um 24 Punkte vor den Optimisten, bei den Erwartungen zum Leben im allgemeinen erwarten hingegen 32% eine Verbesserung und 13% eine Verschlechterung. Auch hier lohnt sich der Blick auf die einzelnen Länderergebnisse, die teilweise deutlich von dem Bild, das vom Durchschnittswert vermittelt wird, abweichen. Auf einige Auffälligkeiten wird hier hingewiesen, weitere sind den Darstellungen im Anhang zu entnehmen.

In den EU28 wie in der Euro-Zone gibt es bezüglich den Erwartungen zur allgemeinen Lage im Land, zur wirtschaftlichen Lage im Land und in der EU mehr Pessimisten als Optimisten (Differenz 4-6 Punkte). Im einzelnen zeichnen sich jedoch unterschiedliche Gruppen ab:

(1) Einen teilweise erheblich größeren Überhang der Pessimisten gibt es in Schweden, Großbritannien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Tschechien, Slowenien und Rumänien – allerdings mit bedeutsamen Unterschieden: (1.1) In Schweden, Belgien, Deutschland und Tschechien gibt es deutlich mehr Pessimismus gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU als gegenüber derjenigen im eigenen Land. (1.2) In den anderen Ländern dieser Gruppe verhält es sich genau umgekehrt. Der Vorsprung der Pessimisten vor den Optimisten ist bezogen auf die Wirtschaftslage der EU deutlich kleiner als bei der Lage im eigenen Land.

(2) Litauen, Kroatien und Bulgarien bilden eine weitere Gruppe: Hier dominieren die Pessimisten die Optimisten bei den Erwartungen zur wirtschaftliche Lage im eigenen Land und umgekehrt die Optimisten bezüglich der EU-Lage.

(3) Umgekehrt, mehr Optimisten bezüglich der Lage des eigenen Landes und mehr Pessimisten bezüglich der EU, gibt es in Finnland, Dänemark, Niederlande, Luxemburg und Österreich.

(4) Eine vierte Gruppe bilden diejenigen Länder, in denen die Optimisten bei allen drei Fragen die Oberhand haben: Irland, Portugal, Malta, Griechenland, Spanien, Italien, Estland, Lettland, Polen, Slowakei und Ungarn. Auch hier lässt sich eine (4.1) Untergruppe ausmachen, in der Vorsprung der Optimisten bezüglich der Entwicklung um eigenen Land deutlich größer ist als bezüglich der EU: Polen, Estland, Malta, Irland.

Während es zwischen den Antworten zu den Erwartungen für die allgemeine und die wirtschaftliche Lage im eigenen Land nur kleinere Differenzen gibt, also ein starker Zusammenhang der Beurteilungskriterien vermutet werden kann, sind die Unterschiede in den Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land und in der EU eher qualitativer Art. In vielen Ländern werden Unterschiede gemacht, die sich zwei Perspektiven zuordnen lassen: In der EU insgesamt bzw. den meisten anderen Ländern wird es besser laufen als im eigenen Land, welches also einen besseren Entwicklung andernorts hinterherhinkt. Oder: Im eigenen Land wird es besser laufen – es besteht womöglich die Gefahr, von der negativen Entwicklung in der EU erfasst zu werden. Zu dieser Gruppe gehören die skandinavischen EU-Länder, die Benelux-Staaten, Deutschland und Österreich und mit Abstrichen Malta, Estland und Polen.

Der Blick auf die Arbeitsmarktlage im Land entspricht hinsichtlich der Verteilung von Optimisten und Pessimisten in der Tendenz den Erwartungen zur wirtschaftlichen Lage. Die persönliche berufliche Lage wird wiederum deutlich optimistischer beurteilt als Zukunft auf dem Arbeitsmarkt. Hier überwiegen in allen Staaten diejenigen, die eine Verbesserung erwarten. Besonders auffällig sind Länder, in denen bei den Erwartungen zur Arbeitsmarktlage die Pessimisten, bei den Erwartungen zur persönlichen beruflichen Lage die Optimisten stärker vertreten sind:

Schweden, Großbritannien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland. In einigen Ländern ist überwiegend der Optimismus bei der Arbeitsmarktlage stärker als bei der persönlichen beruflichen Situation: Polen, Malta, Zypern, Portugal, Irland. Die Erwartungen hinsichtlich der finanziellen Lage des eigenen Haushaltes sind in den EU28 eher optimistisch als pessimistisch, aber weniger stark ausgeprägt als die Erwartungen zur beruflichen Lage. Allein in Griechenland und Rumänien erwarten mehr Befragte eine Verschlechterung der eigenen finanziellen Lage als eine Verbesserung. Länder, in denen der Optimismus bezüglich der persönlichen beruflichen Lage stärker verbreitet ist als bezüglich der finanziellen Lage des eigenen Haushaltes (Differenz mindestens 5 Prozentpunkte) sind: Großbritannien, Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien und Estland. Hier überwiegen die Optimisten die Pessimisten bezüglich der persönlichen beruflichen Lage deutlich stärker als bei der finanziellen Lage. Auffällig umgekehrt ist es in Polen.

Schließlich die Erwartungen zum Leben im allgemeinen: In einigen Ländern ist der Optimismus in dieser Frage im Vergleich zum Pessimismus deutlich ausgeprägter als bei der finanziellen oder beruflichen Zukunft: Schweden, Großbritannien, Irland, Spanien, Italien, Zypern, Malta, Lettland und Ungarn. Allein in Tschechien liegen bei dieser Frage die Pessimisten mit 13 Prozentpunkten vor den Optimisten.

In einer Reihe von Ländern überwiegen in allen drei Fragen, die das persönliche Leben betreffen, die Optimisten, während bei den Fragen zur Zukunft des Landes und der EU die Pessimisten überwiegen: Schweden, Großbritannien, Belgien, Deutschland, Frankreich.

Neben den unterschiedlichen Kombinationen der Erwartungen in einzelnen Länder(gruppen), z.T. Nachbarländern wie Tschechien und Slowakei, lassen sich Länder identifizieren, in denen die EU eher positiv (wirtschaftlich besser) oder eher negativ im Verhältnis zur Perspektive auf das eigene Land gesehen wird. Zudem gibt es Länder, in denen die Entkopplung zwischen allgemeinen Erwartungen und Erwartungen für die persönliche Zukunft recht stark ist. Positive Erwartungen zur persönlichen beruflichen Zukunft fallen nicht immer mit positiven Erwartungen an die finanzielle Lage zusammen. Schließlich geht der Optimismus bezüglich der allgemeinen eigenen Lage nicht in einen wirtschaftlichen Optimismus auf und auch nicht in der allgemeinen Lage im Land. Es werden Unterschiede gemacht.

Die EUPINIONS-Studien der Bertelsmann-Stiftung

»Die Zuversichtlichen« und »die Ängstlichen« in der jüngsten Studie

Die Eupinions-Studien der Bertelsmann-Stiftung verzichten weitgehend auf die Suche nach Erklärungen für die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern oder Ländergruppen. Sie arbeiten durchweg mit einer eindimensionalen Polarisierung in den Einstellungen und leiten daraus die Wahrscheinlichkeit von (Wahl-) Handlungen ab bzw. interpretieren Wahlentscheidungen als Ausdruck dieser Polarisierungen.

Polarisierung

Die jüngste Studie, die mit den Polen »Angst/Sorge« und »Zuversicht« arbeitet, konzentriert sich »auf eine Form der Polarisierung, die durch unterschiedliche Einschätzungen der gesamtgesellschaftlichen und der persönlichen Situation entsteht« (S. 12). Sowohl den Einschätzungen zur Lage der Welt bzw. des eigenen Landes wie auch den individuellen wirtschaftlichen Lebensumständen wird allgemein in der Wahlforschung großer Einfluss auf das Wahlverhalten und die politischen Präferenzen zugeschrieben. Für die Erklärung des Wahlerfolges neuer Parteien, insbesondere auch rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien wird letzteres Modell des ökonomisch rationalen Handelns weit verbreitet angewendet, so auch in der vorliegenden Studie.

»Wähler reagieren auf einzelne politische Maßnahmen, die unmittelbare Folgen für ihr eigenes Wohlergehen haben, wie z. B. Katastrophenhilfe oder Einschnitte bei Sozialausgaben, indem sie ihre politischen Präferenzen verändern und sich bei Wahlen anders entscheiden. Außerdem ist das ökonomische Eigeninteresse nachweislich ein wichtiger Faktor für Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. Das Einkommen, die Beschäftigungsrisiken und das Ausmaß der individuellen Abhängigkeit von sozialem Schutz sind nachgewiesenermaßen entscheidende Faktoren für die Haltung zu sozialen Transferleistungen. Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage, inwieweit unterschiedliche Einzelschätzungen zum Zustand der Gesellschaft – ob Menschen darüber verunsichert sind oder nicht – und Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage – ob Menschen deswegen Ängste hegen oder nicht – die politischen Affinitäten beeinflussen.« (S. 12)

Dass sich solche Zusammenhänge herstellen lassen, ist unstrittig. Entscheidend bleibt, ob und inwieweit damit auch Wahlentscheidungen erklärt werden können, anders ausgedrückt: Entsprechen den Korrelationen auch kausale Zusammenhänge? Eine mögliche Behelfsbrücke bietet der Politikwissenschaft und Wahlforschung die Theorie der Konfliktlinien (cleavages): Gesellschaften würden von großen Konfliktlinien geprägt, denen sich sowohl Parteien als auch Wählende zuordnen ließen, so dass die Wahrscheinlichkeit, eine Partei zu wählen, die sich am gleichen Konfliktpol verortet wie man selbst, als sehr hoch angenommen werden könne. Und je höher die Wahrscheinlichkeit, desto näher käme man einer Kausalbeziehung nach der Art: Weil ich ein gläubiger Mensch bin und regelmäßig in die Kirche gehe, wähle ich eine Partei, der dieses Verhalten in ihren Wertvorstellungen und Programmen sehr wichtig ist. Mit dieser Theorie arbeiten auch De Vries und Hoffmann. Der von ihnen verwendete Begriff »Polarisierung« gleicht dem der Spaltung entlang einer Konfliktlinie.

»Mit dem Begriff »Polarisierung« bezeichnen wir das Ausmaß, in dem die Ansichten der Befragten zum Zustand der Gesellschaft und zu ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation divergieren. Gesellschaftliche Spaltungstendenzen können viele Ursachen haben, und sich z. B. aus den unterschiedlichen Lebens-

bedingungen auf dem Land und in der Großstadt, aus unterschiedlichen kulturellen Werten oder Klassenzugehörigkeiten ergeben. Wir sind der Auffassung, dass die beiden genannten Aspekte – die Ansichten der Menschen zum Zustand der Gesellschaft und ihre Wahrnehmung ihrer eigenen Position darin – ebenfalls wichtig sind. Sie spielen eine zentrale Rolle im gegenwärtigen politischen Diskurs, z. B. im populistischen Narrativ gesellschaftlichen und individuellen Niedergangs und bei öffentlichkeitswirksamen sozialen Protesten wie der Gelbwestenbewegung in Frankreich. Wir unterscheiden im Einzelnen zwischen Menschen, die verunsichert auf den Zustand der Gesellschaft und ihre eigene wirtschaftliche Position darin blicken, und anderen, die beides zuversichtlich sehen. Wir legen dar, dass diese Unterscheidung eine prägende Rolle für die Einstellungen zur Europapolitik, parteipolitische Affinitäten und Präferenzen für bestimmte Prioritäten der EU-Politik in den kommenden Jahren spielen könnte.« (S.12)

Nun wäre es interessant zu erfahren, in welchem Verhältnis diese »Polarisierung« zu den anderen Aspekten steht, die »ebenfalls wichtig« sind. Darauf geht die Studie nicht ein. Auch unterbleibt eine kritische Auseinandersetzung mit dem Entstehungsprozess solcher Polarisierungen wie hier zwischen »verunsichert« und »zuversichtlich«. Werden in der empirischen Forschung tatsächlich in der sozialen Alltagswelt bereits vorhandene Polarisierungen nur gemessen und abgebildet oder werden die erhobenen Daten erst innerhalb dieses Rahmens geordnet, konstruiert und interpretiert? Unterbreitet der Sozialwissenschaftler der Gesellschaft also einen Vorschlag, in welchem Raster sie sich selbst wahrnehmen und Entwicklungen interpretieren sollte? Je stärker die öffentlichen und politischen Institutionen von dieser Interpretation Gebrauch machen, desto stärker sickert sie in die alltäglichen Wahrnehmungen und die Selbstverortung ein. Die Zuordnung zu dem einen oder dem anderen Pol wird so zu einer sozialen Realität, weil man die Gesellschaft beginnt in diesem Raster wahrzunehmen, am Ende wandert es in Mentalitäten ein und verfestigt sich als allgemeines Wahrnehmungsraster für gesellschaftliche Vorgänge.

Die Interpretation, die entlang von Gewinnen und Verlieren, in deren Vorfeld entlang von Angst/Verunsicherung und Zuversicht/Chancen ordnet und wertet, korrespondiert auf erstaunliche Weise mit einem ökonomistischen Gesellschaftsbild, in dem Nullsummenspiele dominieren, in denen es am Ende immer nur um wirtschaftliche Vorteile und Nachteile, Gewinne und Verluste, Risikobereitschaft und Verzagtheit usw., um Vergleich, Konkurrenz und Wettbewerb geht. Die Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft als Nullsummenspiel mag dann erheblich zu der Wut beitragen, die sich bei denen einstellt, die sich selbst in diesem Wettbewerb zu den Benachteiligten und Zukurzgekommenen, mithin als Verlierer sehen. Wer zu den Verlierer zählt, gilt in diesem Gesellschaftsbild nicht als gleichwertig und muss, sofern er selbst diesem Bild folgt, vehement um Gleichwertigkeit kämpfen. Recht eigentlich läuft es im politischen Diskursfeld auf ein Raster hinaus, welches die Gewinner der Welt aufprägen können: Die Verlierer wählen die »gefährlichen« Parteien in den politischen Rändern, weil sie Verlierer sind...

Die Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten in der alltäglichen gesellschaftlichen Praxis werden bei Verwendung solcher Wahrnehmungsmuster auf der Ebene der Wissenschaft, der Öffentlichkeit und Politik und (dann) des Alltags ausgeblendet und damit auch Ansatzpunkte für gesellschaftspolitische Alternativen.

Wann wird aus dem metrischen Unterschied eine »Polarität«?

Indes: Kaum jemand ist nur »zuversichtlich« oder nur »ängstlich«, nur »Verlierer« oder nur »Gewinner«? Daher werden bei Befragungen meist metrische Skalen von 1 bis 5 oder 1 bis 10 verwendet, auf denen man sich einzuordnen hat, sofern nicht bei einer Frage nur eine Entscheidung

zwischen 0 und 1 erwartet wird. Mit letzterem Verfahren arbeitet die vorliegende Studie. Ab einem bestimmten Wert zählt man entweder zu dem einen oder zu dem anderen Pol.

- »In den Wert für das Maß der gesellschaftlichen Verunsicherung gehen Antworten auf zwei Fragen ein:
- Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu? – „Die Welt war früher besser.“
 - Denken Sie bitte an die Kinder von heute. Glauben Sie, dass es diesen Kindern im Vergleich zu ihren Eltern einmal besser, schlechter oder gleich gut ergehen wird?
- In den Wert für das Ausmaß der wirtschaftlichen Ängste gehen ebenfalls Antworten zu zwei Fragen ein. Dabei ist 1 als negativ und 0 als positiv kodiert:
- Wie hat sich Ihre persönliche wirtschaftliche Situation in den vergangenen beiden Jahren verändert?
 - Wie schätzen Sie ganz allgemein Ihre persönlichen Zukunftsperspektiven ein?« (S. 13)

Zu den »gesellschaftlich Verunsicherten« wird sortiert, wer auch nur eine der beiden obigen Fragen bejaht hat. Zu den »wirtschaftlich Verunsicherten« wird gezählt, wer angibt, dass sich die persönliche wirtschaftliche Situation verschlechtert hat »und/oder« wer die persönlichen Zukunftsaussichten pessimistisch einschätzt. Diejenige zum Beispiel, deren wirtschaftliche Verhältnisse sich nach eigener Angabe verschlechtert haben, die aber ihre Zukunftsaussichten optimistisch beurteilt, gerät auch in den Topf der Besorgten und Verunsicherten. Bemerkenswert ist zudem die Diskurspolitik: Aus der Angabe, dass sich die persönliche wirtschaftliche Situation »verschlechtert« hat, wird auf »Sorge« geschlossen, aus der »Besorgnis« auf »Verunsicherung« und diese im weiteren Verlauf gleichgesetzt mit »Angst«, deren Häufung wiederum die Gruppe der »Ängstlichen« und das »Angstlager« konstituiert. Die umgekehrte diskursive Kette von Wertungen erfolgt für die Nicht-Besorgten.

Im Ergebnis sorgten sich im Dezember 2018 in der EU27 (ohne Großbritannien) 51% der Befragten um den Zustand der Gesellschaft und 49% nicht. Die Spannweite bei den näher untersuchten sechs Ländern Frankreich (51% Besorgte), Deutschland (38%), Italien (65%), Niederlande (47%), Polen (56%), Spanien (45%) betrug 27% Prozentpunkte. Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machten sich in der EU27 35% der Befragten, hier war die Spannweite (FR: 62%, DE: 27%, IT: 40%, NL: 27%, PL: 24%, ES: 33%) mit 38 Prozentpunkten noch größer. Der »Zustand der Welt/der Gesellschaft« bereitet in allen berichteten Ländern mit Ausnahme Frankreichs mehr Befragten Sorge als die persönliche wirtschaftliche Situation. In Polen (32 Prozentpunkte) und in Italien (25 Prozentpunkte) sind die Unterschiede besonders groß. Leider erfährt man nichts darüber, was dieses Auseinanderfallen der Urteile qualitativ bedeutet oder was es erklären würde, vor allem auch nicht, ob sich daraus etwas über ein mögliches Wahlverhalten ableiten ließe.

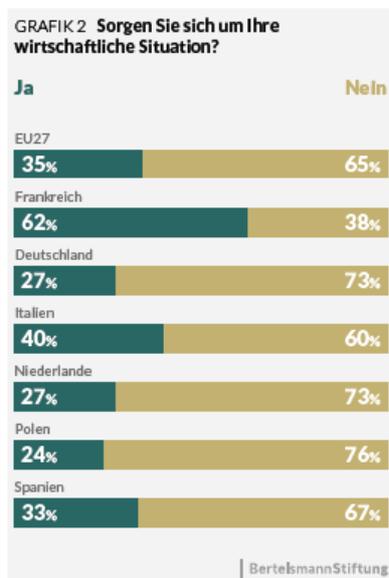
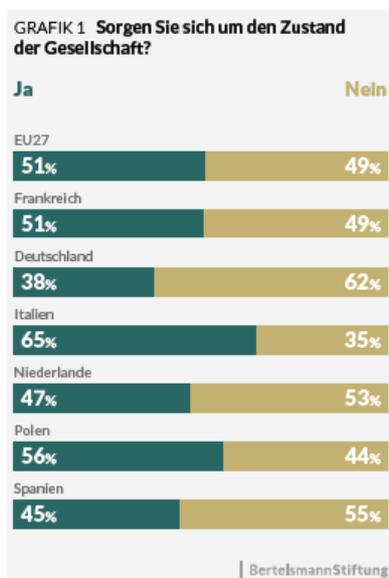
Der nächste Analyseschritt der Bertelsmann-Studie korreliert die vier gebildeten Gruppen – gesellschaftlich verunsichert / gesellschaftlich nicht verunsichert und wirtschaftlich verunsichert / wirtschaftlich nicht verunsichert – mit den abgefragten Einstellungen zur europäischen Politik. Sind die Ergebnisse für die einzelnen Gruppen so unterschiedlich, dass sich von einer Spaltung bzw. Polarität sprechen lässt?

In dem Teilbereich, der auf den gesellschaftlichen Zustand blickt, gibt es den größten Unterschied bei der Ansicht, dass die EU-Politik »zu kompliziert« sei. Für die EU27 gilt: Das finden 74% der »gesellschaftlich Verunsicherten« und 54% der »gesellschaftlich nicht Verunsicherten«. Einen Unterschied von 18 Prozentpunkten gibt es bei der Zufriedenheit mit dem »Funktionieren der Demokratie« in der EU. Damit sind 42% der Verunsicherten und 60% der Nichtverunsicherten zufrieden. In beiden Gruppen gering ausgeprägt ist der »Glaube«, dass sich die »EU in die richtige Richtung entwickelt«: 23% der Verunsicherten und 36% der Nichtverunsicherten stim-

men dem zu. Annähernd jeweils die Hälfte in beiden Gruppen findet, dass die EU die Anliegen der Bürger zu wenig beachte und hat Grundkenntnisse über die EU, jeweils zwei Drittel beabsichtigen zu wählen. Die Unterschiede sind eher gradueller denn qualitativer Art und liefern keinen belastbaren Beleg dafür, auf der Ebene des Durchschnitts aller EU-Staaten von einer »Polarisierung« zu sprechen. Bemerkenswert sind vielmehr einige Gemeinsamkeiten: Drei Viertel der gesellschaftlich Verunsicherten und zwei Drittel der Nichtverunsicherten sind der Auffassung, dass sich die EU nicht in die richtige Richtung entwickelt. Möglicherweise hat diese Gemeinsamkeit ex negativo mehr Einfluss auf eine Wahlentscheidung als die behauptete Polarität? Und ist nicht das eigentliche Ergebnis, dass von denjenigen, die sagen, dass die Welt früher nicht besser war, nur so wenige mit der Entwicklung der EU und der Demokratie in der EU zufrieden sind – die Welt ist besser als früher aber die Unzufriedenheit mit der EU groß?

Wie verhält es sich bei den wirtschaftlich (nicht) Verunsicherten? Hier gibt es drei Fragen, bei denen es größere Unterschiede gibt: die fehlende/zu geringe Beachtung der Anliegen der EU-Bürger (64% der Verunsicherten- 44% der Nichtverunsicherten), Entwicklung der EU in die richtige Richtung (13% - 38%) und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU (32% - 61%). Der letztere Unterschied (Zufriedenheit mit der Demokratie) von fast 30 Punkten könnte in der Tat eine qualitative Differenz markieren. Aber auch hier ist zu fragen, warum dieser Unterschied für das Wahlverhalten größeres Gewicht haben sollte als die Gemeinsamkeit, dass in beiden Gruppen eine deutliche Mehrheit findet, dass sich die EU in die falsche Richtung entwickelt.

Es sind die drei letztgenannten Fragen sowie die Frage, ob die EU Politik zu kompliziert sei, auf die die Antworten entlang der behaupteten Polarisierung tatsächlich mehr oder weniger große Unterschiede aufweisen. Wie verhält es sich damit in den sechs näher untersuchten Ländern?

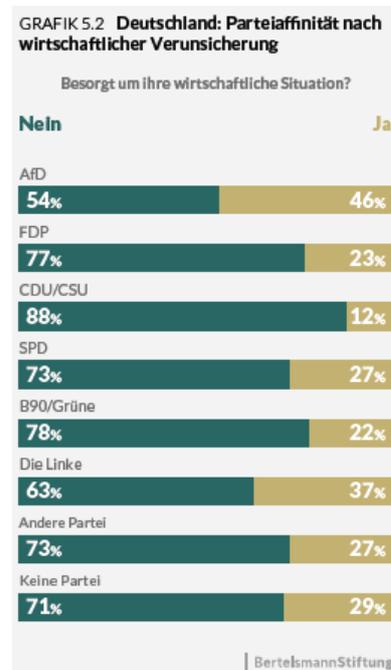
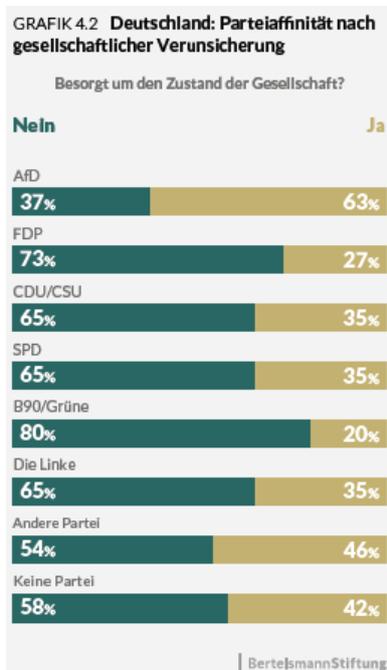
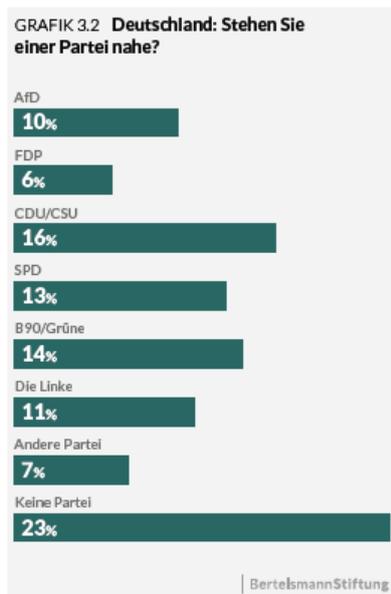


Die Werte bzw. Unterschiede zwischen Verunsicherten und Zuversichtlichen entsprechen für Deutschland, Italien und Spanien dem berichteten Durchschnitt. In den Niederlanden glauben nur 8% der wirtschaftlich Verunsicherten, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt. In Frankreich fällen die gesellschaftlich und wirtschaftlich Besorgten die negativsten Urteile über die Entwicklung der EU und die Demokratie in der

EU, während die entsprechenden Werte für die Zuversichtlichen eher im Durchschnitt liegen. In Polen schließlich gibt es die geringsten Unterschiede in den Urteilen der beiden Gruppen. Alles in allem kann allein Frankreich als Beleg für die behauptete Polarisierung gelten, die Werte aus Polen würden sie eher widerlegen.

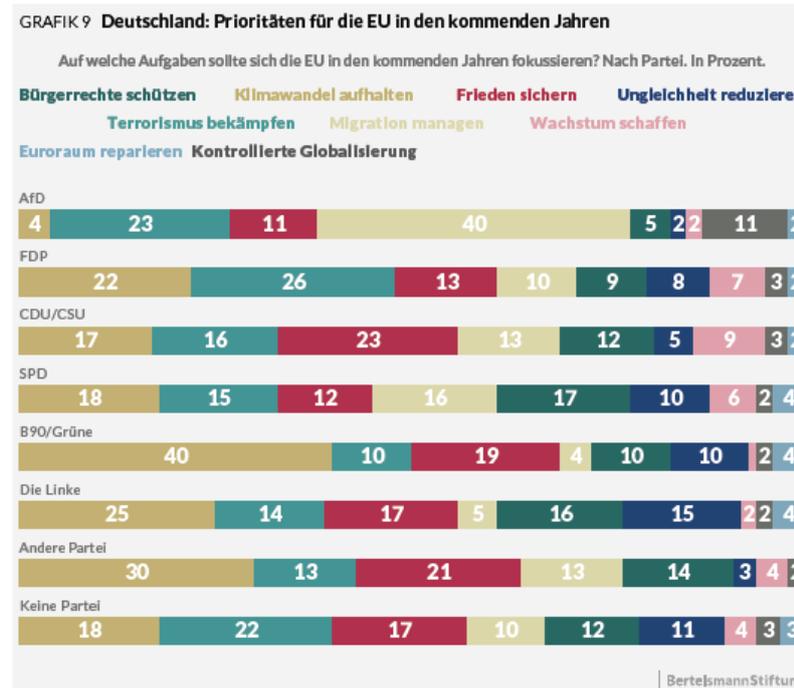
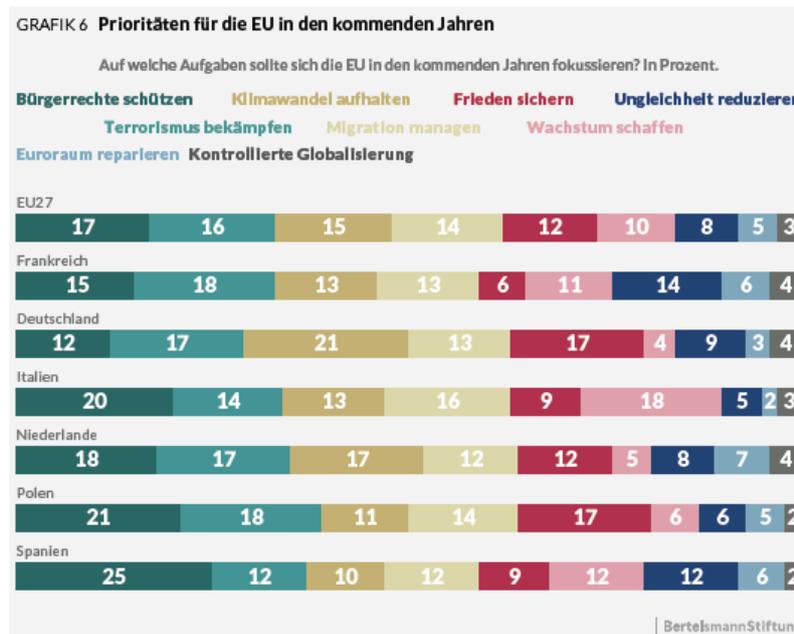
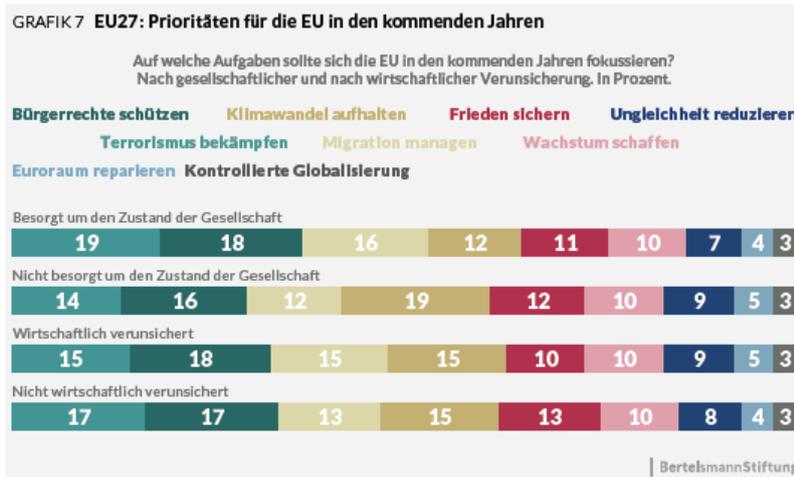
Parteiaffinität

In einem weiteren Analyseschritt wird nach der Parteiaffinität gefragt, also wie hoch der Anteil der Verunsicherten und der Nichtverunsicherten unter den jeweiligen Parteiländern ist. Auch hier zeichnen die Ergebnisse keine eindeutiges Bild der Polarisierung in den einzelnen Staaten. Besorgt um den Zustand der Gesellschaft – »gesellschaftlich verunsichert« – sind in allen sechs Staaten erhebliche Anteile der Anhänger aller Parteien. Ebenso verhält es sich bei den wirtschaftlich Verunsicherten. In allen Ländern ist der Anteil der beiden Gruppen der Verunsicherten unter den Anhängern der Parteien, die am rechten oder linken Rand verortet werden, höher, am ausgeprägtesten in Frankreich. In Frankreich und Deutschland haben rechte Parteien den größten Anteil von um den gesellschaftlichen Zustand Besorgten und um die eigene wirtschaftliche Situation Besorgten unter ihren Anhängern (Frankreich RN 72% und 80%, Deutschland AfD 63% gesellschaftlich und 46% wirtschaftlich besorgt). In den anderen vier Staaten haben sowohl rechte wie linke Parteien einen überdurchschnittlichen Anteil Besorgter unter ihren Anhängern, aber mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland sind sie jeweils eine (teilweise knappe) Minderheit. Die Ergebnisse für Deutschland:



Politische Prioritäten

Im letzten Analyseschritt der Studie wird gefragt: »Auf welche Aufgaben sollte sich die EU in den kommenden Jahren fokussieren?« Gewählt werden sollte unter neun politischen Aufgaben: »Bürgerrechte schützen«, »Terrorismus bekämpfen«, »Klimawandel aufhalten«, »Migration managen«, »Frieden sichern«, »Wachstum schaffen«, »Ungleichheit reduzieren«, »Euroraum reparieren« und »kontrollierte Globalisierung«. Auf der Ebene der EU27 erreicht keine dieser Aufgaben eine herausragende Stellung. Die ersten vier genannten wurden von jeweils um die 16% der Befragten ausgewählt. Globalisierung, Euro und Ungleichheit erreichen jeweils nur bei 3%-8% der Befragten Priorität.



Wie verhält es sich nun hinsichtlich der Polarisierungsthe- se? Zwischen den wirtschaftlich Verunsicherten und Nichtverunsicherten gibt es nur geringe Unterschiede (maximal 3 Prozentpunkte) in der Aufgabenpriorisierung. Bei den gesellschaftlich Verunsicherten und Nichtverunsicherten, den um den Zustand der Gesellschaft (nicht) Besorgten sind die Unterschiede teilweise größer und politisch gerichtet: Bei den Nichtverunsicherten dominiert der Klimawandel mit 19%, bei den Verunsicherten Bürgerrechte schützen und Terrorismus bekämpfen. Wenn es Unterschiede zwischen den beiden behaupteten Polen gibt, dann beim Blick auf die Prioritäten politischer Aufgaben. Allerdings sind sie nicht besonders stark, um eine Polarisierungsthe- se zu stützen.

Stärkere Unterschiede gibt es hingegen zwischen den Staaten bzw. nationalstaatlich verfassten politischen Öffentlichkeiten in der politischen Aufgabenbewertung bzw. der Gewichtung der neun abgefragten Politikbereiche. »Bürgerrechte schützen« und »Terrorismus bekämpfen« werden zusammen von einem Drittel der Befragten als Priorität genannt, in Polen und Spanien bei einer Verschiebung auf die Bürgerrechte deutlich stärker. Auch in Italien spielt »Bürgerrechte schützen« eine überdurchschnittliche Rolle, wenn es um EU-Aufgaben geht, und leicht

überdurchschnittlich wird hier »Migration managen« genannt. In Deutschland und Polen wiederum wird die Friedenssicherung von einem überdurchschnittlichen Anteil der Befragten als wichtigste EU-Aufgabe angesehen. Deutschland ist unter den sechs Ländern das einzige, in dem »Klimawandel aufhalten« als prioritäre Aufgabe der EU in den kommenden Jahren mit 21% an der Spitze liegt. Auch für niederländische Befragte hat dieses Thema ein überdurchschnittliches Gewicht. In Frankreich und Spanien wiederum wird »Ungleichheit reduzieren« überdurchschnittlich als wichtigste Aufgabe der EU-Politik gesehen, in Italien hingegen »Wachstum schaffen«, eine Aufgabe, die in Deutschland nur 4% der Befragten vorne sehen.

Die Gewichtungen politischer Themen und ihre Verteilung innerhalb der Parteianhängerschaften zeigen alles in allem, dass

- a) es Unterschiede in der Gewichtung zwischen den Staaten gibt, die in der Studie nicht weiter diskutiert werden;
- b) die Gewichtung innerhalb der Anhängerschaften der Parteien variiert, es aber für jedes Thema in jeder Anhängerschaft einen Anteil Befragter gibt, der darin die wichtigste Aufgabe der EU sieht;
- c) dass, soweit überhaupt größere Unterschiede in der Themengewichtung bezüglich der EU zwischen den Anhängerinnen rechter und linker Parteien gibt, den Anhängern rechter Parteien die Themen »Bürgerrechte schützen«, »Terrorismus bekämpfen« und »Migration managen« wichtiger sind und den Anhängerinnen linker Parteien »Ungleichheit reduzieren« und »Klimawandel aufhalten«.

Diese Verteilungen stützen die These einer die nationalstaatlichen Öffentlichkeiten übergreifenden Polarisierung zwischen Zuversichtlichen und Besorgten/Ängstlichen, die das Wahlverhalten in jedem Land prägen, allerdings nicht. Ein entscheidendes Glied in der Argumentationskette fehlt bzw. wird in der Studie nicht berichtet: Wie verteilt sich die Gewichtung der mit der EU verbundenen Aufgaben in jedem Land zwischen der Gruppe der »Besorgten«/Verunsicherten und der Nichtverunsicherten? Erst signifikante Übereinstimmungen in den Ländern würde die These einer für die Wahlentscheidung wirkmächtigen europaweiten Polarisierung entscheidend stützen können. Stattdessen hängt das abschließende Fazit der Autorinnen seltsam in der Luft:

»Insgesamt ermöglichen diese Ergebnisse eine aufschlussreiche Perspektive auf die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Sie zeigen, dass das Ausmaß der Zuversicht bzw. Angst, mit dem Menschen auf den Zustand der Gesellschaft und ihre eigene Position darin blicken, politisch bedeutsam und folgenreich ist, weil es eine Trennlinie markiert, entlang derer sich die Gesellschaft spaltet. So entsteht eine Nachfrage nach bestimmten Politikangeboten: einem offenen Weltbild gepaart mit einem Ja zur europäischen Integration und Kooperation und einem geschlossenen Weltbild, das die widerstreitenden Interessen der Nationalstaaten und nationale Eigenheiten in den Fokus rückt.« (S. 36)

Gestützt wird diese These auch nicht durch die beiden Vorgängerstudien.

»Globalisierung als Bedrohung« und europäische Integration

Zur Seite geschoben wird dabei zudem die Erkenntnis einer früheren Studie, dass es in dem Lager der Besorgten, die sich von der »Globalisierung« bedroht sehen, diametral gegensätzliche politische Orientierungen gibt.

»Die Anhänger der populistischen Linken sehen die Globalisierung als Bedrohung und wünschen sich als Antwort darauf mehr europäische Integration.«¹⁶

In Deutschland berichteten 56% der Anhänger der AfD, dass ihre persönliche Erfahrung mit der Globalisierung »eher schlecht als gut« bzw. »schlecht« gewesen sei, 44% berichteten von »(eher) guten« Erfahrungen – keine Werte, die das Urteil »Partei der Globalisierungsverlierer« rechtfertigen würde. Eine annähernd ähnliche Verteilung gibt es mit 46% (eher) schlechter Erfahrung unter den Anhängern der Partei DIE LINKE, nicht im Bundestag vertretener Parteien oder Befragten ohne Parteipräferenz. Von denjenigen in Deutschland, die »Globalisierung als Chance« sehen, wünschten sich 64% mehr europäische Integration und 16% weniger. Unter denjenigen, die »Globalisierung als Bedrohung« betrachten, wünschen 41% mehr und 44% weniger europäische Integration. Unter den Anhängern der AfD sprach sich eine Mehrheit von 59% für weniger Integration aus, 35% für mehr. Die Anhänger aller anderen Parteien votierten mit Ausnahme der FDP mit einer Zweidrittel-Mehrheit für eine stärkere europäische Integration. Die FDP-Anhänger votierten mit 49% gegen 32% für mehr Integration, vergleichbar die Anhänger kleinerer Parteien und diejenigen ohne Parteipräferenz.¹⁷

Könnte man hier noch die relative Konzentration von Befragten, die die Globalisierung als Chance sehen, bei den Parteien, die sich selbst nahe der oder in der politischen Mitte verorten, als bedeutsam hervorheben, so konterkariert die Frage, auf welche Aufgabe sich die EU in den nächsten Jahren konzentrieren sollte, die Annahme, dass sie Einstellung zur Globalisierung hier einen Unterschied macht. Die Gewichtung der Aufgaben zwischen beiden Gruppen, also Globalisierung als Chance oder Bedrohung, stimmt bei Unterschieden von höchstens einem Prozentpunkt nahezu überein. Und in der Tat gab es in der jüngsten Studie auch bei den wirtschaftlich Verunsicherten und Nichtverunsicherten keine größeren Unterschiede.

»Macht der Vergangenheit«?

In der »Nostalgie«-Studie¹⁸ gilt als nostalgisch, wer der Aussage zustimmt: »Die Welt war früher ein besserer Ort.« Interessanterweise sagen das sogar 52% der 16-25jährigen in der EU28, immerhin schon 65% der 26-35jährigen und über 70% der folgenden Jahrganggruppen. In Italien fanden 77% die Welt früher besser, in Polen 59%, die Befragten in Deutschland, Frankreich und Spanien liegen dazwischen. 27% der Nostalgiker »sind wirtschaftlich verunsichert« und 16% der Nicht-Nostalgiker. Wirtschaftliche Verunsicherung führt also nicht notwendig zur Nostalgie. Das gilt auch für die Zugehörigkeit zur »Arbeiter- oder unteren Mittelklasse«, denn dazu gehören 41% der Nostalgiker und 30% der Nicht-Nostalgiker. Das sind auch schon die prozentual größ-

16 De Vries/Hoffmann 2018: Bedrohung als Chance, S. 4.

17 Ebd., S. 13-15.

18 De Vries/Hoffmann: Die Macht der Vergangenheit; Seitenzahlen in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Studie.

ten Unterschiede. Unter den »Nostalgikern« findet man also mit einer leicht höheren Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Verunsicherte und Arbeiterinnen als unter den Nicht-Nostalgikern.

Die Auffassung, dass die Welt früher ein besserer Ort gewesen sei, kann ja vielfältige Wurzeln haben. Zum Beispiel die Ansicht, dass die Welt ein besserer Ort war, als die Auswirkungen des Klimawandels weniger spürbar waren, als die Finanzmärkte noch unter stärkerer Regulation standen, als die Gewerkschaften größeren Einfluss hatten oder noch keine autoritär-nationalistische Partei rechts von der Union im Bundestag vertreten war, als Deutschland nach keine Kriege führte usw. Wer der Aussage zustimmt, kann womöglich auch nur eine gehörige Portion Skepsis ausdrücken gegenüber dem Glauben, dass die Menschheit zu immer besseren Verhältnissen stetig voranschreitet. Und warum soll das Urteil, dass die Welt früher in einem besseren Zustand war, zwingend mit dem Wunsch verbunden sein, diese Zustände wieder zurück haben zu wollen?

Doch Catherine de Vries und Isabell Hoffmann interessieren sich für derartige Fragen wenig bis nicht. Vielmehr schließen sie kurz:

»Forschungsergebnisse der Psychologie und Soziologie legen nahe, dass Nostalgie ein Mechanismus ist, um mit Gefühlen von Angst und Unsicherheit umzugehen.« (S. 13)

Formulierungen, wonach Forschungsergebnisse nicht etwa bestätigen, sondern »nahelegen«, lassen aufhorchen. Immerhin kann Nostalgie auch der behauptete Mechanismus sein – doch ist damit gesagt, dass sie nur das und nicht auch anderes ist? Doch damit Zweifel keinen Raum bekommen, schließt gleich der nächste Satz den Zusammenhang kurz:

»Gegenwärtig erleben wir eine Zeit beträchtlicher gesellschaftlicher Umwälzungen, die auf technologische, politische und wirtschaftliche Veränderungen zurückzuführen sind. Die Globalisierung als Prozess des sozialen Wandels wird von vielen als Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung und der Stellung der Menschen wahrgenommen.« (S. 13)

Damit sind alle, die die Welt früher als besseren Ort betrachten, auf die Schiene der »Globalisierung« gesetzt worden, die selbst auch gar nicht mehr nach ihren verschiedenen Facetten und Politiken unterschieden wird. War bisher von den Nostalgikern als den Unsicheren, Ängstlichen und Bedrohten die Rede, tritt im nächsten Schritt der Verführer auf:

»Nostalgische Rhetorik über ein gesellschaftliches goldenes Zeitalter, in dem alles besser und berechenbarer gewesen sein soll, kann insofern durchaus als wirksames Gegenmittel gegen erhöhte Angstzustände und wahrgenommene Bedrohungen dienen. (...) Das Paradoxon des Erfolges nostalgischer Rhetorik – vor allem in ihrer populistischen Ausführung – ist, dass die Konzentration auf eine Vergangenheit – das heißt eine selektive und konstruierte Version – mit einer Forderung nach einem radikalen Bruch mit der Gegenwart serviert wird. Politiker, die das Geschäft der Nostalgie betreiben, fordern eine Abkehr vom Status quo hin zu einer radikalen Rolle rückwärts in die weiterhin unsichere Zukunft.« (S. 13)

Wer, aus welchen Gründen auch immer, nicht daran glaubt, dass sich die Welt beständig zum Besseren wandelt, wird zum Nostalgiker erklärt, eben weil er Bedrohungen des Wandels verarbeiten muss. Dieser psychische Zustand, der nur ein Angstzustand sein kann, wird mit nostalgischer Rhetorik aufgegriffen, die am Ende die Nostalgiker zu noch größeren Abenteuern (Wandel) verführt, als sie bisher erlebten. Der Nostalgiker ist nicht nur verunsichert, er ist auch, anders als der Nicht-Nostalgiker, für die politische Verführung anfällig.

Es ist diese in allen drei Studien immer wieder auftretende pauschalierende Zuspitzung auf den Interpretationsrahmen der Polarisierung Verunsicherung/Bedrohung/Angst vs. Sicherheit/Chance/Zuversicht, der die Sicht eigentlich interessanten Befunde und Fragen, nämlich die Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche im Alltagsverstand verstellt und Eindeutigkeit suggeriert, wo auch Bewegung möglich wäre. Systematisch werden zu diesem Zweck empirische Befunde unzulässig typisiert und zugespitzt.

So ordnen sich in dem Land mit der höchsten »Nostalgiker«-Rate – Italien (77%) – 59% der Befragten Mitte-Rechts oder Rechts im politischen Spektrum ein, in Polen (59% »Nostalgiker«) mit 57% kaum weniger. In allen fünf näher untersuchten Ländern ordnen sich die Nostalgischen zu einem größeren Teil Mitte-Rechts und rechts ein (EU28: 53%) als die Nichtnostalgischen (EU28: 44%). Am stärksten fällt dieser Unterschied in Deutschland aus (51% zu 31%). Die Unterschiede zwischen den Ländern fallen auch in dieser Studie deutlicher aus als die zwischen den behaupteten Polen in den Ländern.

»Einwanderer nehmen den Einheimischen Jobs weg«, diese Aussage lehnen 47% der Nostalgischen und 70% der Nichtnostalgischen ab. 67% der Nostalgischen (82% Nichtnostalgische) wollen »in der EU bleiben«, 80% finden, »die EU soll stärker ins Weltgeschehen eingreifen« (85% Nichtnostalgische), 51% (57%) sehen Bedarf an mehr politischer und ökonomischer Integration und 55% (57%) unterstützen »EU-Migranten sollten arbeiten und bleiben dürfen«. Bei den Präferenzen für die EU-Politik ist den Nostalgischen »Terrorismus bekämpfen« und »Migration managen« wichtiger als den Nichtnostalgischen, die wiederum erkennbar mehr Wert auf »Ungleichheit reduzieren« und »Klimawandel stoppen« legen. Allerdings bewegen sich die Unterschiede auch hier in einer Größenordnung, die keine Polarisierungs-These hergibt.

Ausblick: Wandel der (deutschen) Ängste

Es wurde argumentiert, dass die fraglichen Studien aus der Bertelsmann-Stiftung in durch das vorgelegte empirische Material nicht ausreichend gedeckter Weise a) eine europaweite Polarisierung behaupten, die entlang der Spaltung in Besorgnisse und Zuversicht verläuft, dass dabei b) gewichtige Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Gesellschaften vernachlässigt werden und c) die festgestellten Unterschiede in den Urteilen der Befragten nicht hinreichend groß sind, um die behauptete Polarisierung zu stützen. Schließlich wurden argumentative Kurzschlüsse kritisiert. Bei alledem gingen, so die weitere Argumentation, Unterschiede zwischen den Ländern bzw. Ländergruppen verloren, die für das Verständnis nationaler Entwicklungen sehr bedeutsam sein könnten. Dazu zählt auch, wie man das eigene Land in der EU sieht, ob z.B. gegenüber der allgemeinen Entwicklung im Hintertreffen oder von der schlechteren Entwicklung in der EU gehemmt. Skepsis gegenüber der EU kann aus unterschiedlichen politischen Erfahrungen entstehen, in Griechenland z.B., weil die EU für die Austeritätsprogramme verantwortlich gemacht wird, in Deutschland z.B., weil viele das Land (und sich) als »Zahlmeister« seien.

Ein weiterer Aspekt kommt in den Bertelsmann-Studien ebenfalls nicht vor: die zeitliche Dimension. Im Lauf der Zeit wandeln sich Ängste, Bedrohungsgefühl, Besorgnisse. Als emotionalen Rohstoff für Politik waren sie in der Bundesrepublik Deutschland immer vorhanden, anfänglich zum Beispiel als Angst vor Rache der Opfer, eine Generation später als Angst um den deutschen

Wald u.a.m. Frank Biess hat gerade eine solche Geschichte der Ängste vorgelegt. Doch die »Objekte« der Angst, die Einfluss auf die politische Entwicklung nahmen, wandelten sich.¹⁹

Die R+V-Versicherung lässt seit 1992 per Umfragen einen jährlichen Angstmonitor erstellen. Dessen Methodik ist durchaus kritikwürdig, jedoch lässt die dabei entstandene Zeitreihe einige aufschlussreiche Merkmale erkennen. Seit 2011/2012 wird dabei ein nahezu fundamentaler Wandel der Spitzenängste »der Deutschen« festgestellt. 2011-2015 lag die EU-Schuldenkrise auf Platz 1, 2016/17 der Terrorismus und 2018 die Politik des US-Präsidenten Trump. Im Gegensatz zu den Jahren zuvor handelt es sich um »entterritorialisierte Ängste« (Frank Biess), die mit den Mitteln des Nationalstaates schwerlich einzudämmen sind. »Globalisierung« bezeichnet in diesem Zusammenhang eine neue, wenig kontrollierbare Verschränkung von Innen und Außen. Der Klimawandel ist national ebensowenig erfolgreich bekämpfbar wie der transnationale Terrorismus oder Finanzkrisen. Die Geschichte der deutschen Ängste zeigt dabei einen deutlichen Wandel nach 1990.

»Neue deutsche Ängste resultierten dabei vor allem aus der Frage nach der Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt wie auch aus der zunehmenden Präsenz der Welt in Deutschland, nämlich durch Flucht und Migration. (...) Nicht mehr die Auswirkungen der Weltpolitik auf Deutschland als Objekt wie in der Frühzeit des Kalten Krieges, sondern die aktive Rolle Deutschlands als aktives Subjekt der Weltpolitik machte nach 1990 Angst.«²⁰

Diese Verschiebung geht mit neuen Ambivalenzen und Widersprüchen einher. Bereits im Januar 1991 konnte beobachtet werden, dass zwei Drittel der Deutschen erklärten, wegen des (ersten) Irak-Krieges »Angst« zu verspüren, obwohl zum gleichen Zeitpunkt drei Viertel der Befragten die militärische Intervention befürworteten.

»Das Verstörende dieser Angstepfindung lag gerade darin, dass sie durch einen Krieg begründet wurde, den man für notwendig erachtete.«²¹

Es reicht nicht aus, das sollte mit diesem Beispiel gezeigt werden, Ängste oder Besorgnisse festzustellen, sondern sie müssen in ihrer Entstehung, ihrem Umfeld und in ihrer Widersprüchlichkeit verstanden werden, um sie politisch zu bearbeiten. Der Verzicht darauf führt unmittelbar in einen Deutungskampf, der diese Ängste und ihren Gegenbilder zu politischen Tatsachen verdinglicht.

Wenn die größte Angst der Deutschen 2018 laut der zitierten Umfrage nicht die Angst vor wirtschaftlichem Niedergang, sozialen Abstieg, Terrorismus oder Klimawandel war, sondern die Angst vor einer gefährlicheren Welt durch die Trump-Politik, so verweist dies auf einen tiefgreifenden Wandel zumindest im Teil der alten Bundesrepublik. Alte Gewissheiten zählen nicht mehr: dass auf die Freundschaft der USA Verlass ist, ist mehr als fragwürdig geworden und damit auch das Sicherheitsversprechen der USA.²² Der Aufstieg eines Politikers wie Trump im Heimatland der liberaldemokratischen Ordnung stellt die Grundannahmen dieser Ordnung in Frage. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise wurde der mögliche »Rettungsanker«, die EU, selbst zum

19 Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek März 2019.

20 Biess 2019, S. 421, 423

21 Biess 2019, S. 417

22 Für die »Augsburger Allgemeine« fragte das online-Umfrageinstitut Civey Ende April/Anfang Mai 2019: »Wie beurteilen Sie die aktuelle Außenpolitik der USA?«. »Sehr positiv« urteilten 4,3%, »eher positiv« 7,9%, »eher negativ« 16,3% und »sehr negativ« 67,9%. (www.civey.com; abgerufen 3.5.2019, 16:30)

Gegenstand der Angst, z.B. in Gestalt der »Kosten für Steuerzahler durch die EU-Krise« (R+V-Studien). Die Angst vor dem Rechtspopulismus bzw. die Besorgnis um den Fortbestand der liberal-demokratischen Ordnung ist eine andere Angst als etwas die vor »Überfremdung«.

»Angst ist ein ungemein bewegliches Gefühl, das sich an eine Vielzahl von Objekten heften kann. Doch die Art des Angstobjekts definiert auch die Funktion und Wirkung dieses Gefühls.«²³

Die Angst vor einem Atomkrieg oder einen Reaktorunfall ist eher eine abstrakte teilweise sinnlich nicht wahrnehmbare Gefahr, bei der Angst vor der Islamisierung manifestiert sich die Gefahr in den in unserer Mitte lebenden Menschen (ebd.). Zudem: Ängste sind das eine, ihre Transformation in Ressentiment und Hass das andere. Dagegen hilft womöglich nur – die Kultivierung demokratischer Ängste.

Von solchen Fragen sind die Bertelsmann-Studien weit entfernt. Sie werfen alle Besorgnisse in ein großen Topf und zaubern die europäische Spaltung in Ängstliche und Zuversichtliche hervor.

Anhang der Schaubilder in gesonderter Datei:

[2019-05-09 Europäische Polarisierung Grafiken.pdf](#)